



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

REGIONALWAHLEN IN RUSSLAND

■ ANALYSE		
Die politischen Ergebnisse der Kommunalwahlen in Moskau		2
Andrey Buzin, Moskau		
■ STATISTIK		
Vorläufige amtliche Endergebnisse der Kommunalwahlen in Moskau		5
■ NOTIZEN AUS MOSKAU		
Kommunalwahlen in Moskau und die Opposition		7
Jens Siegert, Moskau		
■ ANALYSE		
Wahl ohne Qual – Die Gouverneurswahlen in Kaliningrad		9
Joanna Karasińska-Vogenbeck, Berlin		
■ ANALYSE		
Warum Putin Institutionen der Demokratie braucht:		
Die Gouverneurswahlen in der Region Perm		13
Maria V. Syropyatova (Ivanova), Perm		
■ STATISTIK		
Vorläufige amtliche Endergebnisse der Gouverneurswahlen		18
Vorläufige amtliche Endergebnisse der Parlamentswahlen in den Föderationssubjekten		26
■ UMFRAGE		
Sonntagsfrage zur Duma-Wahl		29
■ CHRONIK		
1. – 20. September 2017		30

Die politischen Ergebnisse der Kommunalwahlen in Moskau

Andrey Buzin, Moskau

Zusammenfassung

Die Kommunalwahlen in Moskau vom 10. September endeten erwartungsgemäß mit einem überwältigenden Sieg der Partei »Einiges Russland«. Drei von vier zukünftigen Abgeordneten in den Kommunalvertretungen gehören der Regierungspartei an. Und dennoch waren die Wahlen ein Erfolg für die Opposition: Weit über 200 oppositionell gesinnten Kandidaten gelang der Einzug in die Kommunalvertretungen. Ein großer Teil von ihnen hat sich zu einer informellen Koalition um den ehemaligen Duma-Abgeordneten Dmitrij Gudkow zusammengeschlossen. Ob sie diesem allerdings zu einer Kandidatur bei der Bürgermeisterwahl in Moskau 2018 verhelfen können, ist fraglich. Denn zur Überwindung des »kommunalen Filters« – einem administrativen Instrument zur Einschränkung von Kandidaturen – wäre der Einzug in noch mehr Kommunalräte notwendig gewesen. Daher bleibt nur die Hoffnung auf eine Wahlrechtsreform – und darauf, dass die partizipatorische Arbeit in der lokalen Selbstverwaltung Moskaus zum Vorbild im ganzen Land wird.

Die Bedeutung der Kommunalwahlen in Moskau

Die Kommunalwahlen, die am 10. September dieses Jahres in Moskau stattfanden, könnten erhebliche Bedeutung für die weitere Entwicklung des Landes haben – oder auch nicht.

Einerseits sind nach 15 depressiven Jahren für die Selbstverwaltung in Moskau relativ viele frische Leute in die lokalen Selbstverwaltungsorgane eingezogen, Leute, die nicht in Abhängigkeit von der gegenwärtigen Regierung stehen. Die Selbstverwaltung in Moskau ist im Laufe der letzten 20 Jahren praktisch beseitigt worden, vor allem aufgrund von Gesetzen, die die Befugnisse der Kommunalräte beschnitten haben, und durch den Aufbau einer erdrückenden staatlichen Hierarchie der Exekutive (Bürgermeisterkanzlei – Präfekturen der Stadtbezirke – Kommunalverwaltungen). Natürlich trug auch der Umstand, dass auf kommunaler Ebene nur Pseudowahlen abgehalten wurden, das Seine dazu bei: Was sich bei den Kommunalwahlen der Jahre 2004 und 2008 in einigen Teilen Moskaus abgespielt hat, lässt sich nur in strafrechtlichen Kategorien fassen (bei jenen Wahlen hatte es massenhaft unmittelbare Wahlfälschungen gegeben). Diese kriminellen Umstände und die gleichwohl ausgebliebenen Strafen (niemand, auch nicht der Vorsitzende der städtischen Wahlkommission Moskau, Valentin Gorbunow, ein Urgestein des russischen Wahlsystems, hat sich wegen der flächendeckenden Unregelmäßigkeiten bei Wahlen in Moskau verantworten müssen) hatten zur Folge, dass vollkommen hilflose, von der Exekutive gelenkte und ausgehaltene, scheinbare Kommunalvertretungen »gewählt« wurden.

Die 2012 erfolgten Veränderungen in der Präsidentschaftsverwaltung hatten dann auch Auswirkungen auf die Kommunalwahlen von 2012: In diesem Jahr gelang es einigen unabhängigen Kandidaten, in die Abgeordnete-

tenversammlungen vorzudringen. 2017 hat sich diese Entwicklung verstärkt.

Die Wahlgesetze in Russland lassen es nicht zu, dass politische Kräfte bei Wahlen *formale* Koalitionen bilden. Bei den diesjährigen Wahlen erfolgte ein *informeller* Zusammenschluss einer recht großen Anzahl von Kandidaten, die selbständig (per Eigennominierung) antraten oder über Parteien nominiert wurden. Ein solcher Zusammenschluss war zu erwarten gewesen, da in Russland der Kampf um die Wählerschaft in Wirklichkeit nicht zwischen den politischen Parteien stattfindet, sondern zwischen den Regierungen und Verwaltungen einerseits und gesellschaftlichen Aktivisten andererseits. Dmitrij Gudkow, einem ehemaligen Abgeordneten der Staatsduma, war es gelungen, unter dem Schlagwort »unabhängige Kandidaten« eine große Zahl registrierter Kandidaten – nach unseren Berechnungen 1021 – hinter sich zu bringen, die von unterschiedlichen Parteien nominiert worden waren (s. Grafik 1 auf S. 5) und für die von der Exekutive unterstützten Kandidaten (von denen viele für »Einiges Russland« antraten) eine tatsächliche Konkurrenz sind. Es entstand eine informelle Koalition, die als »Liste Gudkow« bekannt und für die im Internet geworben wurde.

Insgesamt war auf den Stimmzetteln eine beispiellos große Anzahl Kandidaten zu finden, nämlich 7515 (bei den vorangegangenen Wahlen 2012 waren es lediglich 3996 gewesen). Die »Gudkow-Leute« machten 13,6 Prozent aller Kandidaten aus. Der Umstand, dass unter den insgesamt 1502 Abgeordneten, die am 10. September in die Kommunalvertretungen gewählt wurden, 262 (also 17,4 Prozent) von der »Liste Gudkow« sind, ist zweifellos ein Erfolg der »unabhängigen Kandidaten«. Derlei hatte bei den Moskauer Kommunalwahlen früherer Jahre nicht einmal annähernd erreicht werden können. Der Hauptgrund für diesen Erfolg ist darin zu sehen, dass eine totale »Säuberung« der Stimmzettel (wie es sie

bei allen Moskauer Wahlen von 2004 bis 2011 gegeben hatte) und eine umfassende Verfälschung der Ergebnisse (wie 2007 bis 2011) diesmal ausblieben. Hinzu kam der Umstand, dass die Moskauer im Vergleich zum Rest des Landes politisch erheblich aktiver sind (was sich schlichtweg durch einen einfacheren Zugang zu Informationen erklären lässt). Das trat nun, da die erwähnten politotechnologischen Hebel nicht eingesetzt wurden, zum Vorschein.

Die jetzige Situation erinnert stark an das, was 1990 geschehen war. Seinerzeit waren wegen der veränderten politischen Lage und des neuen Wahlgesetzes zur Hälfte neue, regierungsunabhängige Leute in die Moskauer Bezirkssovjets und in den Stadtsowjet von Moskau eingezogen. Sie strampelten sich zweieinhalb Jahre ab und waren sich vollaufbewusst, dass sie überaus stark von dem abhingen, was insgesamt im Land vor sich ging. Gleichzeitig begannen die neuen Leute in der Moskauer Exekutive damit, eine neue Machtvertikale aufzubauen, und zwar nach alten Mustern – mit einer dominierenden politischen (also elektoral zu legitimierenden) Kraft. Hierin waren sie überaus erfolgreich, wobei in diese Vertikale die Gerichte, die Polizei- und Justizbehörden, die Medien, die Unternehmen und die Wahlkommissionen mit eingebunden wurden (Dieser Ansatz des damaligen Moskauer Bürgermeisters Jurij Luschkow wurde in den 2000er Jahren von der Zentralregierung übernommen)

Die ehemaligen unabhängigen Abgeordneten der 1990er Jahre verstreuten sich schließlich in unterschiedlichen Richtungen. Die einen gingen zur Machtvertikale, andere zu den Nationalisten, noch andere in die Wirtschaft (und damit zum Teil auch ins Ausland), und einige gerieten in Vergessenheit, verschwanden. So etwas könnte auch dem jetzt entstandenen demokratischen Teil der Abgeordneten widerfahren. Das Durchschnittsalter aller am 10. September gewählten Abgeordneten liegt bei 48 Jahren, unter den Gudkow-Leuten jedoch bei 41. Davon wurden 22 nach den erwähnten Wahlen von 1990 geboren, 69 nach Gorbatschows Machtantritt 1985, und 92 waren noch nicht auf der Welt, als Breschnew 1982 starb.

Über den »Kommunalfilter«

Dmitrij Gudkow hatte bei den Kommunalwahlen in Moskau selbst nicht kandidiert. Er führt diese informelle Koalition »unabhängiger Kandidaten« aus längerfristigen Überlegungen heraus. Sein Ziel sind die Moskauer Bürgermeisterwahlen 2018. Per Gesetz ist vorgeschrieben, dass ein Bürgermeisterkandidat von Abgeordneten der Kommunalvertretungen unterstützt werden muss.

Seit 2012 gibt es in Moskau 146 Verwaltungseinheiten mit jeweils eigenen Kommunalvertretungen. Darun-

ter sind 125 »alte« Stadtteile (Rayons) sowie 21 »neue«, die nach Moskau eingemeindet wurden. Das bedeutet, dass nach geltender Gesetzeslage – die sich hoffentlich noch ändern wird – ein Bürgermeisterkandidat Unterstützerunterschriften von 110 kommunalen Abgeordneten (6 % aller Abgeordneten) einholen muss, die aus mindestens 110 Kommunalvertretungen (75 %) kommen.

Die erste Voraussetzung haben die Gudkow-Leute, so scheint es, mehr als erfüllt. Allerdings ist alles nicht ganz so einfach, weil von den gewählten 262 Abgeordneten der »Liste Gudkow« 169 von »Jabloko« nominiert worden waren. Die übrigen 93 reichen nicht für eine Registrierung als Bürgermeisterkandidat. Zudem unter diesen auch Abgeordnete sind, die formal von anderen Parteien aufgestellt worden waren (s. Grafik 1 auf S. 5).

Deshalb wird sich Gudkow für eine erfolgreiche Nominierung als Bürgermeisterkandidat zumindest mit einem Teil der Abgeordneten von »Jabloko« einigen müssen (die dann wohl anschließend »wegen parteischädigenden Verhaltens« aus »Jabloko« ausgeschlossen werden dürften). Natürlich wäre es vernünftig, sich mit der Führung von »Jabloko« zu einigen, doch ist deren Verhandlungsfähigkeit zu bezweifeln, wie sich schon bei den schicksalhaften Dumawahlen von 2003 gezeigt hatte. Grigorij Jawlinskij wird lieber Sergej Mitrochin auf dem Bürgermeistersessel sehen wollen.

Aber selbst wenn es Gudkow gelänge, ausreichend Abgeordnete zusammenzubekommen, bleibt die zweite Voraussetzung (nämlich, dass die Abgeordneten aus mindestens 110 Kommunalvertretungen kommen müssen), die sehr viel schwieriger zu erfüllen sein wird. Schließlich gibt es insgesamt nur 62 Kommunalvertretungen, in denen wenigstens ein Abgeordneter von der »Liste Gudkow« vertreten ist (hinzu zu zählen ist natürlich noch die Kommunalvertretung in Schtschukino, die bereits 2016 gewählt wurde, mit einem Sieg der unabhängigen Kandidaten). Ohne die von »Jabloko« aufgestellten Abgeordneten sind es sogar nur 32 Kommunalräte. Allerdings ist auch »Jabloko« lediglich in 51 Kommunalvertretungen vertreten.

Wenn Gudkow ohne Hilfe von »Einiges Russland« (also ohne Hilfe der Kanzlei des Bürgermeisters) kandidieren will, muss er Wege in weitere 47 Moskauer Kommunalräte finden.

Die politische Zusammensetzung der Kommunalräte

Die politische Zusammensetzung der Moskauer Kommunalräte ist in Grafik 2 auf S. 5 und Tabelle 1 auf S. 6 dargestellt.

Auffällig ist zunächst der Unterschied zur Zusammensetzung der Moskauer Stadtduma, die 2014 gewählt wurde. Dort sind formal Abgeordnete folgender Parteien

vertreten: 62 Prozent von »Einiges Russland«, 11 Prozent von der KPRF, je zwei Prozent von der LDPR und von »Rodina« sowie 22 Prozent Abgeordnete, die sich eigenständig nominiert hatten. In Wirklichkeit stellt sich das Kräfteverhältnis einfacher dar: 89 Prozent für die »Partei« der Stadtregierung und 11 Prozent Kommunisten (KPRF).

Deutlich ist die sehr geringe Unterstützung der Wähler für die »Systemparteien« KPRF, LDPR und »Gerechtes Russland« zu erkennen. Und es überrascht die große Zahl der Kandidaten der »Kommunisten Russlands« und von »Rodina«, die allesamt kein einziges Mandat erringen konnten.

Betrachten wir nun die Zusammensetzung der 2017 gewählten Kommunalräte – siehe Tabelle 2 auf S. 6.

In über der Hälfte der Kommunalräte (in 63, also in 50,4% aller neugewählten Räte) sitzt kein einziger Vertreter der »Liste Gudkow«, in 101 Räten (80,8%) stellen sie weniger als die Hälfte oder keinen der Abgeordneten, in 13 Vertretungen (10,4%) haben sie zwischen der Hälfte und zwei Drittel der Sitze inne und in 13 Räten (8,8%) sind es über zwei Drittel. Es gibt sogar einen Kommunalrat, in dem ausschließlich Gudkow-Leute sitzen (im Gagarinskij-Rayon).

Die größte Zahl an Kommunalvertretungen, in denen die »Liste Gudkow« die Mehrheit stellt, entfällt auf die Moskauer Verwaltungsbezirke Mitte, West und Südwest. In allen zehn zentralen Kommunen ist die »Liste Gudkow« vertreten. Die Stadtteile in den Verwaltungsbezirken Südwest und West sind in dieser Hinsicht grob zweigeteilt. In den Verwaltungsbezirken Süd, Südost und Ost überwiegen ganz eindeutig Kommunalvertretungen, die durchweg aus »Administrations-Abgeordneten« bestehen (diese vertreten nicht unbedingt die Bezirks- oder Kommunalverwaltungen, sind durch diese aber leicht zu lenken).

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Ergebnisse dieser Wahlen sehr viel besser das politische Spektrum der Moskauer wiedergeben, als alle bisherigen Mos-

kauer Wahlen. In 24 Kommunalräten stellen Vertreter der »Liste Gudkow« die Mehrheit.

Ausblick

Werden sich die »Unabhängigen« untereinander einigen können? Werden sie eine irgendwie geartete wesentliche Ausweitung ihre Befugnisse erreichen? Oder wird eine gewiefte Administration mit ihrem erheblichen Potential an erfahrenen Bürokraten erneut unerfahrene, aber aufgebrauchte Aktivisten ausspielen? Wird sie einen Teil von ihnen »verführen« und in die eigenen Reihen locken können? Oder im Gegenteil: Werden vielleicht die von der Administration ernannten Abgeordneten, denen das gesellschaftliche Wohl gleichgültig ist, vom Elan begeisterter Neueinsteiger Bürger angesteckt?

Die Erfahrung der 1990er Jahre stimmt wenig hoffnungsvoll. In Russland aber kehrt die Hoffnung immer wieder zurück. Gesamtrussische Reformen haben stets in der Hauptstadt ihren Anfang genommen. Könnten nicht Wahlen mit Wettbewerb und ohne totale Fälschung allmählich auch im übrigen Russland in Mode kommen?

Die Kommunalvertretungen in den Moskauer Verwaltungseinheiten haben keinerlei reale Macht, ihre Zuständigkeiten sind zu dürftig und sie verfügen praktisch über keinerlei Finanzen. Andererseits haben sie traditionell einen leichteren Zugang zu den Medien und den Prozessen der Gesetzgebung. Eine Partizipation auf der untersten Ebene der Macht bietet aber die Möglichkeit, Erfahrungen in parlamentarischer Arbeit zu sammeln. Hoffen wir also, dass die Möglichkeiten dieses Mal effektiver genutzt werden, als in den 1990er Jahren.

Der Dank des Autors gilt Sergej Schpilkin für dessen unermüdliche Sammlung und Aufarbeitung der auf einer Vielzahl von Internetseiten veröffentlichten Daten zu den Wahlen.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

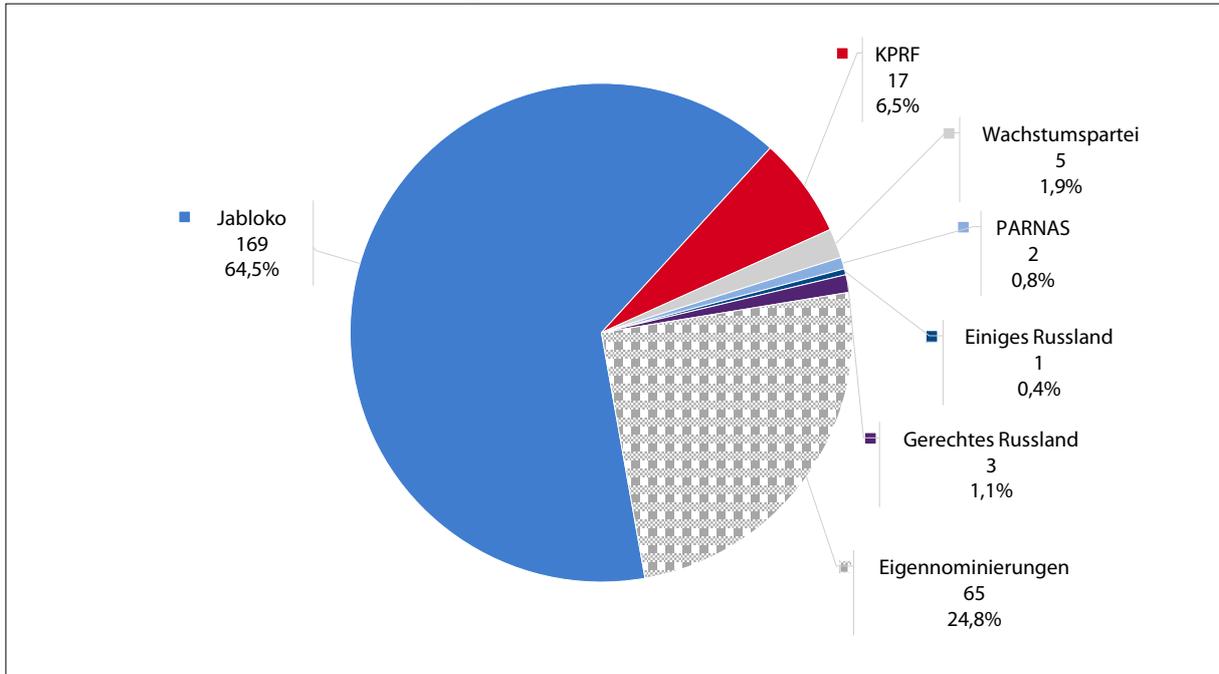
Über den Autor

Andrey Buzin, Dr. jur. und Dr. rer.nat., war Mitglied der Moskauer Wahlkommission, er ist ein führender Experte der unabhängigen Wahlbeobachtungs-Organisation GOLOS und deren Ko-Vorsitzender.

STATISTIK

Vorläufige amtliche Endergebnisse der Kommunalwahlen in Moskau

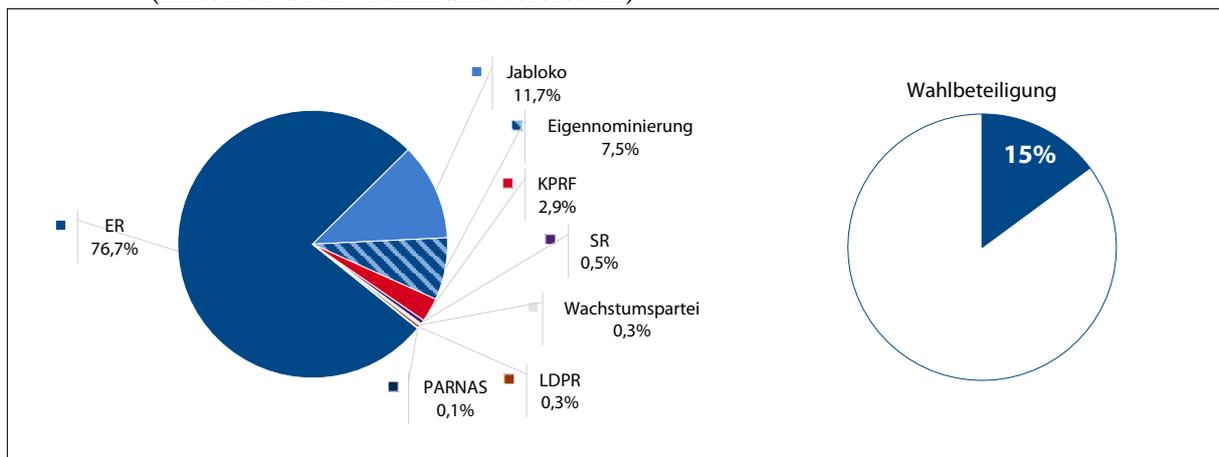
Grafik 1: Anzahl der »Gudkow-Abgeordneten« nach nominierender Partei



Insgesamt gewählt: 262 Abgeordnete

Quelle: Berechnungen von Andrey Buzin

Grafik 2: Gewählte Abgeordnete nach nominierender Partei (Anteil an allen Kommunalvertretern)



ER – Einiges Russland

KPRF – Kommunistische Partei der Russischen Föderation

LDPR – Liberaldemokratische Partei Russlands

SR – Gerechtes Russland

Quelle: Berechnungen von Andrey Buzin; < http://www.mosgorizbirkom.ru/web/guest/main?p_p_id=101&p_p_lifecycle=0&p_p_state=maximized&p_p_mode=view&p_p_col_id=column-4&p_p_col_count=1&_101_struts_action=%2Fasset_publisher%2Fview_content&_101_type=content&_101_assetEntryId=12195036 >

Tabelle 1: Gewählte Abgeordnete nach nominierender Partei

Nominierende Partei	Registrierte Kandidaten	Gewählte Abgeordnete	Anteil der registrierten Kandidaten, die auch gewählt wurden	Anteil an allen Kommunalvertretern
Einiges Russland	1.473	1.152	78,2 %	76,7 %
Jabloko	681	175	25,7 %	11,7 %
Eigennominierung	1.517	112	7,4 %	7,5 %
KPRF	1.300	44	3,4 %	2,9 %
Gerechtes Russland	520	8	1,5 %	0,5 %
Wachstumspartei	124	5	4,0 %	0,3 %
LDPR	949	4	0,4 %	0,3 %
PARNAS	51	2	3,9 %	0,1 %
Kommunistische Partei »Kommunisten Russlands«	548	0	0,0 %	0,0 %
Rodina	222	0	0,0 %	0,0 %
Andere Parteien	130	0	0,0 %	0,0 %

Wahlbeteiligung: 15 %

Quelle: Berechnungen von Andrey Buzin; <http://www.mosgorizbirkom.ru/web/guest/main?p_p_id=101&p_p_lifecycle=0&p_p_state=maximized&p_p_mode=view&p_p_col_id=column-4&p_p_col_count=1&_101_struts_action=%2Fasset_publisher%2Fview_content&_101_type=content&_101_assetEntryId=12195036>

Tabelle 2: Streuung der Kommunalräte nach Anteil der Abgeordneten von der »Liste Gudkow«

Anteil der »Gudkow-Leute« unter den Abgeordneten eines Kommunalrates	Anzahl der Kommunalräte mit diesem Anteil an »Gudkow-Leuten«	Anteil der Kommunalräte mit diesem Anteil an »Gudkow-Leuten«
=0	63	50,4 %
unter 25 %	27	21,6 %
Zw. 25 und 50 %	11	8,8 %
Zw. 50 und 67 %	13	10,4 %
Zw. 67 und 100 %	10	8,0 %
= 100 % (Gagarinskij-Rayon)	1	0,8 %

Quelle: Berechnungen von Andrey Buzin

Kommunalwahlen in Moskau und die Opposition

Jens Siegert, Moskau

Am vergangenen Wochenende fanden in Russland 5810 Wahlen statt. Dazu 242 Referenden auf lokaler Ebene. Der allgemeine Wahlsonntag betraf bis auf drei Regionen das ganze Land. 16 Gouverneure wurden neu gewählt, zwei Dumaabgeordnete nachgewählt. Hinzu kamen 13 Stadtparlamente und, am wichtigsten, in Moskau die Wahl von 125 Stadtteilparlamenten. Darum soll es in diesen Notizen gehen.

Warum gerade die Wahl von 125 Stadtteilparlamenten, die keine großen Vollmachten haben und einer übermächtigen Bürokratie gegenüberstehen, so wichtig ein soll, bedarf der Erklärung. Der erste und einfachste Teil der Antwort lautet: Weil es sich um Moskauer Stadtteile handelt. Was immer in Moskau passiert, ist wichtig für das ganze Land. Der zweite Teil der Antwort hat etwas mit dem Ergebnis zu tun: Weil nicht vom Kreml lizenzierte Oppositionelle in einigen dieser Stadtteile gewonnen haben.

Noch ist es zu früh für eine stringente Analyse. Ich will aber versuchen anhand einer Reihe von Fragen, die in Moskau (in Russland) nun diskutiert werden, ein paar Hinweise darauf geben, ob das alles überhaupt bedeutend ist, und wenn ja, was das alles bedeuten könnte.

Zuerst ein paar Fakten: Von 125 Wahlkreisen in Moskau haben oppositionelle oder unabhängige Kandidaten 15 gewonnen. In 13 weiteren haben sie zwar keine Mehrheit, aber eine Art Sperrminorität, die die dort dominierende Kremlpartei »Einiges Russland« dazu zwingen wird, Kompromisse einzugehen. Insgesamt sind in ganz Moskau in 63 Wahlkreisen 266 Abgeordnete gewählt worden, die von einer oppositionellen Partei (meist war dies »Jabloko«) unterstützt wurden, einer Wahlinitiative angehörten (die größte von ihnen hat der ehemalige Dumaabgeordnete Dmitrij Gudkow initiiert und dabei auch mit »Jabloko« zusammengearbeitet) oder als Unabhängige kandidiert haben. Auffallend ist, dass sich der Anteil oppositioneller Abgeordneter auf die gesamte Stadt bezogen kaum verändert hat. Allerdings gibt es eine deutliche Bewegung von der sogenannten »Systemopposition« (also den eng mit dem Kreml zusammenarbeitenden Duma-Parteien) hin zu eben diesen »echten« Oppositionellen. (Anmerkung: Im Artikel von Andrei Buzin weiter oben in diesen Russlandanalysen ist von leicht anderen Zahlen die Rede; das liegt daran, dass die Zuordnung einzelner Kandidaten und Abgeordneter nicht immer eindeutig ist)

Der Kreml hat viele Instrumente, Wahlen in seinem Sinne zu kontrollieren. Das effektivste sind die vielzähligen und hohen Hürden bei der Zulassung von Kan-

didaturen. Kurz: Niemand kann kandidieren, wenn es der Kreml nicht will. Die Frage ist also nicht unwichtig, warum über 1.000 unabhängige und deutlich oppositionelle Kandidaten zu diesen Wahlen zugelassen worden. Das geschah ja nicht im Geheimen. Oppositionelle Politiker wie der schon erwähnte Dmitrij Gudkov haben eine regelrechte Kampagne geführt, um möglichst viele Leute zur Kandidatur zu ermutigen. Doch nicht nur das. Kandidaturwilligen wurde jede Unterstützung gewährt, die formal hohen und schwierigen Hürden einer Registrierung als Kandidat zu nehmen. Das geschah sehr systematisch und professionell. Kaum einer der Kandidaten machte einfache Fehler, die zu einer schnellen Ablehnung durch die Wahlkommissionen geführt hätten. Das ist die formale Seite.

Ein wenig politischer argumentiert, fallen zwei mögliche Gründe auf. Der erste sind die unerwartet großen Proteste, die es in Moskau im Frühjahr gab. Es kann gut sein, dass man es im Kreml vorgezogen, einige (von ganz oben gesehen: wenige) Sitze in den wenig einflussreichen Stadtteilparlamenten abzugeben, als sich möglicherweise neue Proteste einzuhandeln. Ein gutes halbes Jahr vor der Präsidentenwahl im März scheint Ruhe ein wichtiges Ziel zu sein. Der zweite Grund könnte in der Positionierung Putins für eben diese Präsidentenwahlen liegen. Nach allem, was aus dem Kreml nach außen dringt, werden dort vor allem zwei konkurrierende Wahlkampfpositionierungen diskutiert: eine Fortsetzung der forcierten Konfrontation mit dem Westen mit stark nationalistischen Tönen und eine eher zentristische Linie. Wenn sich Putin aber als ruhendes Zentrum Russlands präsentieren möchte, dann muss es auch sichtbare Ränder des politischen Spektrums geben. Bisher wurde diese Rolle von der in der Duma vertretenen sogenannten »Systemopposition« gespielt. Doch deren Glaubwürdigkeit lässt in letzter Zeit deutlich nach. Frische Akteure, so mag man im Kreml gedacht haben, wären hier nicht fehl am Platze.

Einmal zugelassen, haben die oppositionellen Kandidaten sehr anständig abgeschnitten. Das war nicht ausgemacht. Neben den Zulassungshürden haben die Behörden noch eine ganze Reihe anderer Instrumente, oppositionellen Kandidaten das Leben schwer zu machen. All diese Instrumente kamen aber nur sehr begrenzt zum Einsatz. Natürlich kamen die oppositionellen Kandidaten im Fernsehen nicht vor (mit Ausnahme des Internetsenders »TV-Doschd«, der allerdings ebenso wie der eher liberale Radiosender »Echo Moskaus« eine reservierte bis spöttische Haltung ein-

nahm). Auch wurde bei Auszählung und Zusammenrechnung der Stimmen hier und dort gefälscht. Aber all das blieb in einem sehr engen Rahmen, fand, jedenfalls an den russischen Maßstäben des vergangenen Jahrzehnts gemessen, praktisch nicht statt.

Das wirft die Frage auf, warum der Kreml das so laufen ließ? Immerhin gibt es die (aus Kremlsicht) schmerzhafteste Erfahrung mit dem Straßenwahlkampf, den Alexej Nawalnyj 2013 bei den Bürgermeisterwahlen geführt hat (siehe dazu auch: <http://russland.boellblog.org/2013/09/12/nawalnyjs-wahl-geburt-eines-oppositionsfuhrers/>). Nawalnyj holte, bei allen beschriebenen Widrigkeiten, 27 Prozent der Stimmen. Bürgermeister Sergej Sobjanin kam im ersten Wahlgang nur mit Ach und Krach über die 50-Prozent-Hürde (und es gibt zahlreiche Hinweise darauf, dass ohne Fälschung selbst das nicht gelungen wäre). Erneut lässt sich über diese Gründe nur spekulieren.

Auch wenn Nawalnyjs politisches Talent inzwischen im Kreml anerkannt (und auch, zumindest ein bisschen, gefürchtet wird), so dürften die zu den Kommunalwahlen angetretenen Kandidaten nicht in diese Kategorie einsortiert worden sein. Weder Dmitrij Gudkow, noch Ilja Jaschin (beides immerhin auch im Landesmaßstab bei politisch Interessierten bekannte Namen) oder gar Jelena Rusakowa oder Julia Galjamina sind bisher als besonders gute Wahlkämpfer aufgefallen. Allerdings waren diese Wahlen anders.

Als Erstes und vielleicht Wichtigstes haben sich die Oppositionellen nicht zerstritten. Alle Absprachen, wer wo kandidiert, wurden eingehalten. Es gab keine Konkurrenz untereinander. Zum zweiten gab es unter oppositionell gestimmten Moskauern offenbar eine Stimmung, für egal wen zu stimmen, Hauptsache gegen Kremlkandidaten. Das haben auch die Systemoppositionsparteien zu spüren bekommen. Sie sind eben für diesen Teil der Wählerschaft keine Opposition (mehr). Hier wirkten, zum Dritten, auch die Proteste vom Frühjahr nach. Das wichtigste Ergebnis dieser (für alle) unerwarteten starken Proteste in Bezug auf die Wahlen war, dass die Behauptung der Kandidaten, man habe eine Chance, nicht völlig absurd erschien. Wählen zu gehen, schien daher zumindest einen Versuch wert zu sein. Viertens hatte die oppositionelle Wahlkampagne, wie auch die Proteste im Frühjahr, ein ausgesprochen junges Antlitz. Jung meint in diesem Fall sowohl das Lebensalter als auch die politische Erfahrung. Es waren frische Gesichter, deren Auftritte entsprechend frisch wirkten.

Der vielleicht wichtigste Grund für den (relativen) Erfolg der Opposition in den Moskauer Kommunalwahlen lag aber vermutlich in der Taktik, die der Kreml für den Wahlsonntag im ganzen Land insgesamt eingeschlagen hatte. Vertrauend auf die (teils erzwungene, teils frei-

willige) Disziplin seiner direkten Ressourcen (Staatsangestellte, Polizei und Militär, Rentner) setzte der Staat auf eine möglichst niedrige Wahlbeteiligung. »Wir können dafür sorgen, dass *unsere Leute* wählen gehen und für die *richtigen* Kandidaten stimmen, die schwach organisierte Opposition kann das nicht«, könnte die Überlegung gewesen sein. Diese Rechnung ist nicht aufgegangen. Mehr noch: Die Strategie ist nach hinten losgegangen. Denn das Mobilisierungspotential einer liberalen Opposition ist in Russland tatsächlich begrenzt. Allerdings hat sie es bei diesen Wahlen fast vollständig ausschöpfen können. Man kann davon ausgehen, dass bei voller Mobilisierung von den über 80 Prozent Nichtwählern weit mehr für die Kremlkandidaten gestimmt hätten als für die Opposition.

Beenden möchte ich diese Notizen mit Bemerkungen zu zwei Punkten: Zu Nawalnyj und zu dem, was dieser Sieg für die Zukunft bedeutet. Zuerst zu Nawalnyj. In vielen Kommentaren ist Alexej Nawalnyj als Verlierer dieser Wahlen bezeichnet worden, obwohl, oder besser: gerade weil er sich (mit seiner Organisation) nicht an ihr beteiligt hat. Nawalnyj konzentriert sich völlig auf die Präsidentenwahlen (bei denen kandidieren zu wollen er erklärt hat, aber, wie die meisten Beobachter vermuten, wohl nicht zugelassen werden wird). Außerdem hatte er sich abwertend über die oppositionellen Kampagnen (insbesondere in Moskau) geäußert. Ich halte das für einen künstlichen Gegensatz. Nawalnyj ist auf dem (besten) Weg ein im ganzen Land bekannter Politiker zu werden (sein Wiedererkennungswert hat im Frühjahr in Umfragen die Fünfzigprozentmarke überschritten). Erst am vergangenen Wochenende hat er in Jekaterinburg und in Nowosibirsk mehr Menschen bei Kundgebungen auf die Beine gebracht, als in diesen Städten je ein oppositioneller Politiker unter Putin zuvor.

Davon sind die oppositionellen Sieger in Moskau weit entfernt. Die Spannungen im liberal-oppositionell Lager (ich weiß, viele halten Nawalnyj nicht für liberal, aber er läuft in der öffentlichen Meinung in Russland in dieser Kategorie) sind groß, aber nicht unüberwindlich, wie gerade die Moskauer Kommunalwahlen gezeigt haben. Es hat also wenig Sinn, über Sieger oder Verlieren unter den Liberalen zu sprechen. Wichtiger dürfte die weitere Verbreiterung und Verjüngung der personellen Basis sein. Eines der Grundprobleme liberaler Politik in Russland ist ihre personell immer noch enge Verbindung mit den 1990er Jahren unter Jelzin. Egal wie man inhaltlich dazu steht, wirkt diese Verbindung gegenwärtig in Russland wie ein Kainsmal. Sowohl die Kampagnen Nawalnyjs als auch viele der Kommunalwahlkampagnen vom vergangenen Wochenende (und das nicht nur in Moskau), sind ein Schritt aus dieser lähmenden Vergangenheit heraus.

Eines der Hauptargumente gegen das Engagement im Kommunalwahlkampf hatte gelautet, die zu wählenden Abgeordneten hätten kaum Kompetenzen und schon gar keine Macht, es lohne sich also nicht, viel Mühe und Ressourcen in diese Imitation von Mitbestimmung zu investieren. Und es stimmt, Abgeordnete auf dieser, der untersten kommunalen Ebene haben in Russland kaum etwas zu sagen, schon gar nicht gegenüber einer strukturell ohnehin fast mit Allmacht ausgestatteten Exekutive. Doch diese sich so praktisch gebende Sichtweise erweist sich bei näherem Hinsehen als bei weitem nicht so selbsterklärend wie es aussieht. Zwar können die Abgeordneten tatsächlich wenig selbst bewegen. Aber sie haben umfassende Auskunftsrechte und können die bisher völlig intransparente Stadtverwaltung (in Moskau) ein wenig durchsichtiger machen. Eine Nachfrage dazu gibt es. Das haben auch gerade die Frühjahrsproteste erneut gezeigt.

Vielleicht wichtiger aber noch dürfte die Tatsache des (wenn auch kleinen) Sieges selbst sein. Und sein Ort. Es ist zudem symbolisch wichtig, dass diese kleinen Siege im Moskauer Stadtzentrum, in Sichtweite des

Kremls errungen wurden. In dem Wahlbezirk, in dem Präsident Putin seine Stimme abgegeben hat, hat die Kremlpartei »Einiges Russland« keinen einzigen der 12 zu vergebenden Sitze errungen. Nichts sei erfolgreicher als der Erfolg, lautet ein nur auf den ersten Blick tautologischer Aphorismus. Nichts macht mutloser als ständige Erfolglosigkeit, könnte man hinzufügen. Es sei ein Missverständnis, dass die Menschen in Russland nicht wählen gingen, weil sie Angst hätten, schreibt die Moskauer Politologin Jekaterina Schulman in einer Analyse in der englischsprachigen Wochenzeitung »The Moscow Times« (<https://themoscowtimes.com/articles/five-lessons-from-russias-local-elections-58963>). Das sei falsch. Es sei völlig ungefährlich, in Russland an Wahlen teilzunehmen. Viel wichtiger sei es, so Schulman, dass die Leute nicht zu den Verlierern gehören wollten. Die Durststrecke beendet und das Image der ewigen Verlierer abgeschüttelt zu haben ist für die Oppositionellen wahrscheinlich wichtiger als der Sieg selbst.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <http://russland.boellblog.org/>.

ANALYSE

Wahl ohne Qual – Die Gouverneurswahlen in Kaliningrad

Joanna Karasińska-Vogenbeck, Berlin

Zusammenfassung

Am 10. September haben im Kaliningrader Gebiet vorgezogene Gouverneurswahlen stattgefunden. Sie endeten ohne Überraschung: Der seit Oktober 2016 kommissarisch amtierende Gouverneur Anton Alichanow erhielt über 80 Prozent der Stimmen. Als jüngster Gouverneur in der Geschichte der Russischen Föderation gilt er als Hoffnungsträger des Kreml, dem zugetraut wird, die wirtschaftliche Situation in der westlichsten Region Russlands zu stabilisieren und eine neue Entwicklungsstrategie auszuarbeiten.

Russlands Exklave an der Ostsee

Das Kaliningrader Gebiet ist das westlichste und zugleich kleinste der russischen Gebiete (*Oblasti*) der Russischen Föderation: Als eine von EU-Mitgliedsstaaten und der NATO umgebene Exklave kommt ihr allerdings eine zentrale Bedeutung für Russlands strategische Position an der Ostsee zu. Zugleich ist das Gebiet, das sich als Fenster und Visitenkarte Russlands gegenüber dem Westen präsentieren möchte, und das sowohl in der Vergangenheit als auch bis heute von bilateralen Kooperationsprogrammen profitiert, ein Barometer für die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und

der Russischen Föderation. Die Lage als Exklave, die die Entwicklungsfähigkeit des Gebiets beschränkt, eröffnet ihr zugleich durch die Durchlässigkeit ihrer Grenzen für Personen, Waren, Dienstleistungen und Ideen vielfältige Chancen im Austausch mit ihren westlichen Nachbarn: Moskau war und ist dadurch immer wieder einem Handlungsdruck ausgesetzt, nämlich zur Frage, wie stramm es das Gebiet »an die Leine« nehmen oder ihm ein beschauliches Inseldasein zugestehen sollte.

Die Gouverneurswahlen vom 10. September – zu denen parallel in acht Kommunen des Kaliningrader Gebiets Wahlen abgehalten wurden – waren vorgezo-

gen, sie hätten turnusgemäß erst im Jahr 2020 stattfinden sollen. Die vorgezogene Wahl war zum einen eine Folge des vom russischen Präsidenten in jüngster Zeit veranlassten, russlandweit betriebenen Elitenwechsels, der der Stabilisierung des politischen Apparats vor der Präsidentenwahl 2018 dienen soll. Andererseits sind sie im Fall Kaliningrad jedoch auch als Anzeichen zu verstehen, dass Moskau wieder die Kontrolle über die Region an der Ostsee übernommen hat und die lokalen Eliten mit Moskauer Kadern ersetzt.

Kaliningrad und der Kreml – eine schwierige Beziehung

Dass ein Signal zentralistischer Machtbehauptung notwendig wurde, erschließt sich aus einem Blick in die jüngere Vergangenheit des Gebiets. So sind die Wahlen in Kaliningrad eine Folge von gesellschaftspolitischen Ereignissen, die bis in das Jahr 2010 zurückreichen. Mit wachsender Sorge beobachtete damals der Kreml, wie Zehntausend Kaliningrader im Januar 2010 auf die Straßen gingen und gegen den von Moskau ernannten und entsandten Gouverneur Georgij Boos protestierten. Es war das »Mene-

tekkel von Kaliningrad«, wie der Spiegel seinerzeit schrieb. Obwohl sich Kaliningrad unter Boos stark verändert und ein wirtschaftlicher Aufschwung samt regelrechtem Bau-boom eingesetzt hatte, kam es doch zum Konflikt mit lokalen wirtschaftlichen und politischen Eliten.

Um die Situation zu entspannen, wurde im August 2010 – im Einklang mit der damals geltenden russischen Gesetzgebung – ein lokaler Politiker durch Präsidenten Medwedew in das Amt eingesetzt. Die Einsetzung Nikolaj Zukanows erfolgte zwar kurzfristig und hastig, doch konnte dieser seine Position im Gebiet rasch sichern und im September 2015 bei (wieder eingeführten) Direktwahlen sein Gouverneursamt verteidigen – als erster Kaliningrader Gouverneur seit 1991. Obwohl er sechs Jahre die Politik der Region gestalten konnte, galt dieser Vertreter lokaler Eliten in Moskau (aber auch in Kaliningrad) zuletzt als ineffektiv in seiner Verhandlungsfähigkeit gegenüber dem Kreml. Er war zudem durch mehrere Korruptionsskandale angezählt, in die seine Familie und andere Verwandte verwickelt waren. Das Fass zum Überlaufen brachte schließlich seine mangelnde Durchsetzungsfähigkeit bei der Rea-

Gebiet Kaliningrad

Fläche: 15.125 km²

Bevölkerung (2017): 986.261

Bevölkerungsdichte: 65 Einw./km²

BIP pro Kopf (2015): 337.990 Rubel (ca. 5.026 €)

BIP im Vergleich zu Moskau: 31 %

BIP im Landesvergleich: 76 %

Quelle: Föderaler Statistikdienst GKS

Das Kaliningrader Gebiet ist das westlichste Subjekt der Russischen Föderation und als Exklave umgeben von Mitgliedsstaaten der Europäischen Union.

Die wirtschaftliche Situation der Region hängt eng von der gesamtrussischen Konjunktur ab, zumal das russische Kernland der Hauptabsatzmarkt für Güter ist, die in der Exklave produziert werden. Hierzu zählen vor allem Fernseher, Fahrzeuge, Möbel sowie Nahrungsmittel. Wirtschaftliche Schwerpunkte der Region sind die Fischerei, der Außenhandel über den ganzjährig eisfreien Kaliningrader Hafen sowie der Einzelhandel mit europäischen Nachbarn, der jedoch seit 2014 stark unter den gegenseitig verhängten Sanktionen gelitten hat und noch immer leidet. Landwirtschaft spielt eine untergeordnete, wenn auch zuletzt zunehmende Rolle. Von größerer, vor allem aber auch symbolischer Bedeutung ist die Bernsteingewinnung und -verarbeitung: In der Region, die auch als »Jantarnyj Kraj« (»Bernsteinland«) bekannt ist, befinden sich mehr als 90 % der weltweiten Bernsteinvorkommen.

Das Gebiet ist zwar durch das Erbe der deutschen Geschichte geprägt, heute hingegen ist es vollauf russisch. Es hat knapp eine Million Einwohner, von denen die Hälfte in der Gebietshauptstadt Kaliningrad, gelegen am Pregel (russ.: »Pregolja«), dem ehemaligen Königsberg in Preußen lebt.

Die Hauptstadt ist auch das kulturelle Zentrum des Gebiets – das belegen eine Reihe von Theatern, eine Philharmonie, Museen (darunter das Immanuel-Kant-Museum, das Dommuseum, das Bernsteinmuseum und ein ozeanografisches Museum) sowie eine lebendige Off-Szene. Die meisten Kultureinrichtungen bzw. -initiativen sind in Gebäuden aus der »deutschen« Zeit untergebracht. Kaliningrad verfügt mit der Baltischen Föderalen Immanuel-Kant-Universität und der Kaliningrader Staatlichen Technischen Universität über zwei Hochschulen, die trotz der angespannten politischen Situation um einen intensiven internationalen Austausch bemüht sind. Kaliningrad ist einer der Austragungsorte bei der Fußball-Weltmeisterschaft 2018.

Joanna Karasińska-Vogenbeck

lisierung wichtiger Prestigeprojekte – selbst der Kreml sah sich zu einer Kritik an mangelnden Fortschritten beim Stadionbau für die WM 2018 oder bei der Flughafenenerweiterung genötigt. Die wachsenden Spannungen zwischen Russland und dem Westen führten zu einer verstärkten Militarisierung sowie einer sanktionsbedingten Verschärfung der wirtschaftlichen Lage der Region. Hinzu kamen die beträchtlichen Herausforderungen für das Gebiet nach dem Verlust seines Status als Sonderwirtschaftszone im Jahr 2016. Dies alles schuf zusammengenommen eine Situation, deren wirtschaftliche und politische Steuerung Zukanow nicht zugetraut, oder – positiv gewendet – nicht zugemutet werden konnte: Seine Freistellung vom Amt des Gouverneurs im Juli 2017 ging mit einer Beförderung zum Präsidentschaftsbeauftragten für den Föderalbezirk Nordwest einher und folgte damit dem Muster der Ämterrotation, das von Seiten des Kremls gegenwärtig russlandweit verfolgt wird.

Nachfolger Zukanows als Gouverneur wurde zunächst Ende Juni 2016 Jewgenij Sinitschew, der seit 2015 in Kaliningrad die Leitung der Kaliningrader Gebietsverwaltung des Inlandsgeheimdienstes FSB innegehabt hatte. Zu seinem nur drei Monate später erfolgten Rücktritt kursieren widersprüchliche Angaben – sie schwanken zwischen familiären und gesundheitlichen Gründen. Sinitschews wurde daraufhin von Präsident Putin zum stellvertretenden FSB-Chef in Moskau ernannt. Tatsächlich jedoch ist der verbreiteten Einschätzung kaum zu widersprechen, wonach dem früheren Bodyguard Putins von Anbeginn nur die Aufgabe eines »Transit-Gouverneurs« zugeordnet gewesen war, der als Platzhalter hinter den Kulissen bleiben und dort den Kurs Alichanows gegen eine ineffiziente Verwaltung und Korruption vorbereiten sollte.

Überraschender Personalwechsel in der Gebietsführung – Putins junger Hoffnungsträger

Zeitgleich mit dem Wechsel Sinitschews nach Moskau ernannte Präsident Wladimir Putin am 6. Oktober 2016 den mit 30 Jahren jüngsten Gouverneur in der Geschichte der Russischen Föderation: Anton Andrejewitsch Alichanow wurde am 17. September 1986 in der abchasischen Hauptstadt Suchumi geboren. Nach einem Studium des Finanz- und Kreditwesens sowie der Rechtswissenschaft an der Staatlichen Steuerakademie in Moskau promovierte Alichanow in Wirtschaftswissenschaften an der Russischen Plechanow-Wirtschaftsuniversität. Er arbeitete ab 2010 im russischen Justizministerium und ab 2013 im Ministerium für Industrie und Handel, hier zunächst als stellvertretender Leiter, dann als Leiter der Abteilung für staatliche Außenhan-

delsregulierung. Im August 2015 wurde er Mitglied des Beraterstabs der Eurasischen Wirtschaftskommission, die Vizepremier Igor Schuwalow leitete. Obwohl er bisher keine Verbindung zu Kaliningrad hatte, wurde er im September 2015 in die westliche Region entsandt und auf Wunsch Moskaus dort stellvertretender Ministerpräsident, der als Minister für Landwirtschaft und Industrie im Gebiet zuständig war. Laut Presseberichten sollte er ein Gegengewicht zum damaligen Gouverneur Zukanow bilden. Schon am 30. Juli 2016 wurde Alichanow kommissarischer Ministerpräsident und am 6. Oktober 2016 von Präsident Wladimir Putin zum Gouverneur ernannt – zunächst provisorisch bis zur geplanten vorgezogenen Neuwahl des Gebietsoberhauptes am 10. September 2017, bei der er in diesem Amt bestätigt wurde. Diese bemerkenswerte Karriere ist nicht ohne die deutliche Unterstützung aus Moskau denkbar, wo die Familie Alichanow über eine effektive Vernetzung in Politik und Wirtschaft verfügt.

Als Alichanow bis Oktober 2016 für die wirtschaftliche Entwicklung der Region zuständig war, gehörten zu seinen Hauptaufgaben die Konsolidierung des Gebietshaushalts und die Eindämmung der geradezu pathologischen Verfilzung in der lokalen Wirtschaft. Größte Herausforderung war und blieb bis heute aber die Sicherstellung der ökonomischen und somit der sozialen Stabilität angesichts der fragilen wirtschaftlichen Situation des Gebiets, das zuletzt immer weniger Investitionen anziehen konnte. Ursächlich hierfür ist insbesondere auch das Auslaufen von Zollprivilegien zum 1. April 2016, die Moskau dem Gebiet vor zwanzig Jahren (1996) durch die Schaffung einer Sonderwirtschaftszone zugestanden hatte. Um die Konsequenzen dieses jähen Bruchs zu mildern, wurden die Geldtransfers aus dem Zentralhaushalt in die Region erhöht. Wenn auch bisher bereits 67 Milliarden Rubel (rund 1 Milliarde US-Dollar) geflossen sind und bis 2019 weitere 45 Milliarden Rubel in diesen Topf fließen sollen, ist dennoch deutlich zu erkennen, dass die brach liegende Kaliningrader Wirtschaft durch einen föderalen Geldregen allein nicht wieder aufblühen wird. Die Notwendigkeit eines solchen Erfolgs liegt auch für Moskau auf der Hand: Die strategisch bedeutsame, wenn auch kleine Exklave ist von einem der weltweit dynamischsten Wirtschaftsräume der vergangenen 25 Jahre umgeben. Die Entwicklungsschere mit dieser Region öffnet sich jedoch fortwährend weiter.

Auf expliziten Wunsch Putins wurde von Alichanow das Konzept eines Entwicklungsplans für die Region erarbeitet, der positive wirtschaftliche und damit soziale Prognosen ermöglichen soll. Gemeinsam mit externen Beratern aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft erarbeite Alichanow neue Richtlinien und damit

eine neue Agenda, die Kernbefindlichkeiten der Exklave anspricht: Steuererleichterungen für Investoren, Erhöhung der Attraktivität und bessere Öffnung der Region für in- und ausländischen Investoren durch Visaerleichterungen, Einforderung von Transparenz in der Wirtschaft (am deutlichsten thematisiert am Beispiel der Verarbeitung von Bernstein, dessen weltweite Vorkommen zu 90 % in der Exklave liegen und der vorwiegend schwarz abgebaut wird), Entwicklung des touristischen Potentials, Verbesserung und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und der Anbindung an das russische Kernland. Diese Versprechungen wurden von Präsident Putin begrüßt, die Initiative vor Ort wurde durch die persönliche Anwesenheit Putins und dessen Fürsprache im Wahlkampf geadelt und mit der Zusage von föderalen Mitteln unterfüttert.

Anton Alichanow zeigte jedoch auch jenseits der Wirtschaft Interesse für sozialpolitische Themen, insbesondere im Gesundheitswesen: So erwirkte er eine personelle Erneuerung im Gesundheitsministerium und initiierte den Bau einer neuen Poliklinik sowie die Verbesserung der Gesundheitsversorgung in ländlichen Gemeinden. Damit konnte er sich als den alltäglichen Problemen der Gebietsbevölkerung zugewandter Kandidat präsentieren. In der Tat stand der Wahlkampf Alichanows ganz im Zeichen der Herstellung eines positiven Images für den aus Moskau Nominierten: Der beschleunigte Bau des Kaliningrader WM-Stadions und der Ausbau des Flughafens unterstrichen Effektivität und seine Macherqualitäten, die wirtschaftliche Entwicklungsplanung verwies auf konzeptionelle Weitsicht und Verhandlungsfähigkeit gegenüber dem föderalen Zentrum. Mit der angekündigten Schaffung eines lange geforderten Onkologiezentrums oder der Zusicherung subventionierter Flugpreise ins Kernland wurden Herz und ein Gehör für Befindlichkeiten der Bevölkerung demonstriert. Die hohe Zustimmung, die sich der Moskauer Kandidat bei den Wahlen sichern konnte, erschließt sich so aus einem Zusammenspiel föderaler Unterstützung und eines Bewusstseins für die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Probleme auf regionaler Ebene, gepaart mit dem Versprechen eines »frischen Windes«, der politische Erneuerung mit sich bringen kann.

Zwischen Nähe und Distanz: Regionalpolitik und die »Vertikale der Macht«

Alichanow ist kein Mitglied der Partei »Einiges Russland«: Er wolle der Gouverneur aller Kaliningrader sein, einer Parteizugehörigkeit wolle er dementsprechend keine hohe Bedeutung zumessen, so Alichanow. Doch bleibt er der offizielle Kandidat der Partei der Macht (»Einiges Russland«), wurde von dieser aufgestellt und hat seine Sympathien für sie bekundet. Sowohl von Seiten Alichanows

als auch durch die Partei wurde prononciert die persönliche Nähe zwischen dem Kandidaten und Wladimir Putin herausgestellt, die eine effektive und von höchster Stelle sanktionierte politische Handlungsfähigkeit garantiere. Das dennoch ambivalent bleibende Bekenntnis zur Partei der Macht passt gleichwohl in die Wahlkampfstrategie des »jungen Hoffnungsträgers«, da es eine Erhabenheit über die Seilschaften und Verkrustungen des (regionalen) Machtapparats suggeriert, ohne diese direkt zu brüskieren. Denn der neue Gouverneur wird seine ambitionierte politische Agenda vor Ort nur mithilfe und innerhalb dieser regionalen Strukturen effektiv realisieren können.

Ob ein Aufweichen der Zugehörigkeit zu »Einiges Russland« ein Mittel wäre, um die Legitimierung eines zunehmend apathisch bis mit Ablehnung wahrgenommenen Machtapparats erneuern zu können, kann an diesem einen Einzelbeispiel nicht festgemacht werden. Festzuhalten ist jedoch, dass das Ergebnis von 81,06 Prozent der Stimmen für den Kandidaten der Kremlpartei eine bedenklich stimmende Tatsache überdeckt: Nur 39,33 Prozent der Bevölkerung nahm an den Gouverneurswahlen teil – und das trotz verlängerter Wahlzeiten von 7 bis 21 Uhr, Tee und Kuchen in den Wahllokalen und sogar Fahrrädern, Smartphones und anderen Geräten, die Urnengänger gewinnen konnten.

Obwohl das Ergebnis vorhersehbar war, waren die Wahlen nicht alternativlos. Neben Anton Alichanow, der 81,06 Prozent aller Stimmen auf sich vereinigen konnte, gab es drei weitere Kandidaten, die sich um das höchste Amt im Gebiet bewarben: der bereits vor zwei Jahren (noch gegen Zukanow) angetretene kommunistische Abgeordnete der Gebietsduma Igor Rewin (8,89 %), Jewgenij Mischin von der Liberaldemokratischen Partei Russlands (LDPR, 5,47 %) und die von Kamtschatka nach Kaliningrad umgezogene Kandidatin der Grünen Partei Jekaterina Timofejewa (2,53 %). Wenn auch die fehlenden Siegchancen dieser Kandidaturen von Anbeginn feststanden, so wurden sie von Beobachtern und Experten vor allem auch als Möglichkeit interpretiert, Probleme und Herausforderungen für das Kaliningrader Gebiet – etwa mit Blick auf Umweltverschmutzung oder das wachsende Sozialgefälle – in öffentlicher Debatte zu benennen und politischen Botschaften an exponierter Stelle Präsenz zu verschaffen. Positionsbezogene politische Auseinandersetzung, die Teil eines demokratischen Wahlprozesses sind, fanden auch hier statt, allerdings innerhalb eines überschaubaren Rahmens.

Fazit

In der Berichterstattung in Kaliningrad wurde darauf verwiesen, dass bei geringer Wahlbeteiligung vor allem loyale Wähler der Machtpartei Einiges Russland mobilisiert worden seien. Vorab durchgeführte Umfragen verwiesen bereits auf eine niedrige Wahlbeteiligung,

und zwar nicht aus politischem Desinteresse, sondern aus Desillusionierung. Aus Moskaus Perspektive bleibt es weiterhin die wichtigste Aufgabe der Regionalregierung, bei den russischen Präsidentschaftswahlen im

März 2018 ein gutes Ergebnis im Kaliningrader Gebiet sicherzustellen. Die Wahl am 10. September 2017, in der Anton Alichanow zum Gouverneur des Kaliningrader Gebiets gewählt wurde, war dafür ein erfolgreicher Test.

Über die Autorin

Joanna Karasińska-Vogenbeck promoviert am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität in Berlin mit einer Arbeit über das lokale Policy-Making in der Russischen Föderation am Beispiel des Kaliningrader Gebiets. Schwerpunkte ihrer Forschung sind die Stabilisierung und Konsolidierung autoritärer Regime, die Interaktionen von Akteuren in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sowie Formen und Auswirkungen informeller Institutionen und Praktiken auf die politischen Prozesse in Russland. Sie ist Stipendiatin der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Lesetipps

- Krasnov, Eugene; Anna Karpenko; Greg Simons (Hg.): Crisis management challenges in Kaliningrad, Farnham (Surrey, UK): Ashgate 2014.
- Wiśniewska, Iwona et al.: Kaliningrad Oblast 2016. The society, economy and army [= OSW Report 12/2016], Warschau: Centre for Eastern Studies 2016; <https://www.osw.waw.pl/sites/default/files/raport_in_the_kaliningrad_net.pdf>.
- Sukhankin, Sergey: Kaliningrad. Russia's island in Europe, in: New Eastern Europe, 29. Januar 2016, <<http://www.neweasterneurope.eu/articles-and-commentary/1876-kaliningrad-russia-s-island-in-europe>>

ANALYSE

Warum Putin Institutionen der Demokratie braucht: Die Gouverneurswahlen in der Region Perm

Maria V. Syropyatova (Ivanova), Perm

Zusammenfassung

Die Gouverneurswahlen in der Region Perm vom 10. September 2017 haben ein eindeutiges Ergebnis hervorgebracht: Der von Präsident Wladimir Putin vorgeschlagene Kandidat Maxim Reschetnikow siegte mit 82 Prozent der Wählerstimmen – bei einer deutlich gestiegenen Wahlbeteiligung von 42 Prozent. In den ersten Gouverneurswahlen seit 17 Jahren in der Region Perm haben Bevölkerung und Eliten – bei eingeschränktem Angebot – den Kandidaten Putins somit mit einem großen Vertrauensvorsprung ausgestattet. Dieses Ergebnis wirft die Frage auf, welchen Einfluss Wahlen auf die Etablierung demokratischer Institutionen haben. Wie haben sich die Sanktionen und die Wirtschaftskrise auf die Entscheidung der russischen Wähler und lokalen Eliten ausgewirkt? Warum war in der Region überhaupt eine Direktwahl des Gouverneurs notwendig, wo doch auch eine Ernennung per Akklamation durch das Regionalparlament möglich gewesen wäre – und weshalb erhielt ausgerechnet der Kandidat Maxim Reschetnikow diese breite Unterstützung? Das Ergebnis der Gouverneurswahlen in Perm zeigt, dass im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2018 die Wähler in den Regionen effektiv zur Unterstützung eines Kreml-Kandidaten mobilisiert werden können.

Direkte versus indirekte Wahl des Gouverneurs der Region Perm

Der Prozess der Gouverneurswahl in der Region Perm begann praktisch am 6. Februar 2017, an dem Tag, als

Präsident Wladimir Putin Maxim Reschetnikow zum kommissarischen Gouverneur der Region ernannte. Die Wahlen waren seit langem erwartet worden, weil Gouverneur Viktor Bassargin, ein »Waräger« (ein Auswärtiger, der nicht aus der betreffenden Region hervorge-

gangen ist), von den Permer Eliten isoliert war. Putin hätte jedoch nicht unbedingt Direktwahlen abhalten lassen müssen.

Gemäß der russischen Gesetzgebung sind zwei Verfahren möglich, um das Mandat für den Posten des Oberhauptes einer Region zu erlangen. Das erste sieht vor, dass der Präsident Russlands den Abgeordneten des Regionalparlaments einen Kandidaten für das Gouverneursamt vorschlägt. Dabei kann der Präsident, falls sein Vorschlag abgelehnt wird, dem Regionalparlament zwei weitere Male einen Kandidaten vorschlagen. Wird auch der dritte Vorschlag durch das Parlament abgelehnt, so hat sich das Parlament aufzulösen. Das zweite Verfahren, das nun in den meisten Regionen befolgt wird, sieht eine Direktwahl des Gouverneurs vor. Allerdings muss ein Kandidat für eine erfolgreiche Nominierung (Registrierung als Kandidat) die Unterschriften kommunaler Abgeordneter einholen, die dadurch ihre Unterstützung für den Kandidaten bezeugen.

Für Kandidaten, die die von den russischen Wahlgesetzen vorgesehenen kommunalen Filter überwunden haben, liegt dann die Hauptaufgabe darin, die »eigenen« Wähler an die Urnen zu bekommen. Um aber andere Wähler zu mobilisieren, müssen relevante Politiker und Wirtschaftsleute gewonnen werden. Mit Blick auf die anstehenden Präsidentschaftswahlen eignen sich hierfür die Gouverneurswahlen besonders gut.

Die Region Perm gehört allerdings traditionell zu den für die Zentralregierung schwierigen Regionen. Seit langem gibt es hier eine der landesweit niedrigsten Wahlbeteiligungen. Liberale Parteien sind populär wie nirgendwo sonst. Diese erreichen bei Wahlen unterschiedlicher Ebenen doppelt bis dreimal so hohe Stimmenanteile wie im russischen Landesdurchschnitt. So sorgte die »Union rechter Kräfte« (SPS) für großes Aufsehen, als sie 2006 in der Region Perm bei den regionalen Parlamentswahlen 16,35 Prozent erhielt. Auch der

Anteil der Protestwähler ist hoch: Bei den vom Oppositionspolitiker Alexej Nawalnyj initiierten Demonstrationen vom 26. März 2017 lag Perm bei der Teilnehmerzahl landesweit nach Moskau und St. Petersburg an dritter Stelle. Warum waren also Wahlen notwendig – wäre es nicht einfacher, den neuen Gouverneur auf einer Sitzung des Parlaments, der Gesetzgebenden Versammlung der Region Perm, wählen zu lassen?

Eine Direktwahl des Gouverneurs einer Region könnte dann hilfreich sein, wenn man bei den Präsidentschaftswahlen 2018 selbst kandidieren oder »seinen« Kandidaten antreten lassen will: Denn gerade bei Gouverneurswahlen können die Wahlmaschinen für anstehende landesweite Wahlen getestet werden. Da die letzten Gouverneurswahlen in der Region Perm 17 Jahre zurücklagen, waren diese entsprechend wenig entwickelt. Zudem strahlt die Unterstützung für einen bei regionalen Wahlen erfolgreichen Kandidaten auch auf den Wahlkampf und die Ergebnisse bei den Präsidentschaftswahlen aus.

Seit einem Jahr steht die politische Agenda in Russland ganz im Zeichen der im März 2018 anstehenden Präsidentschaftswahlen. Hauptzweck dieser Wahlen ist es, die Legitimität des Regimes sicherzustellen. Unabhängig davon, ob bei diesen Wahlen Wladimir Putin oder sein Nachfolger antreten wird – eine Legitimität lässt sich nur über eine Unterstützung durch die Bevölkerungsmehrheit gewährleisten.

Hier aber gibt es ein Problem. Bekanntermaßen stehen weltweit, auch in Russland, regionale und landesweite Wahlen in einem wechselseitigen Zusammenhang. Wenn Wähler auf regionaler Ebene nicht zu den Urnen gehen, wird ihr Elan auch bei landesweiten Wahlen geringer sein.

Die in Russland in den letzten Jahren bei Parlamentswahlen auf regionaler wie föderaler Ebene verfolgte Strategie einer Erodierung der Wahlbeteiligung

Region Perm

Fläche: 160.236 km²

Bevölkerung (2017): 2.632.097

Bevölkerungsdichte: 16 Einw./km²

BIP pro Kopf (2015): 397.621 Rubel (ca. 5.913 €)

BIP pro Kopf im Vergleich zu Moskau: 36 %

BIP pro Kopf im Vergleich zu Russland: 90 %

Quelle: Föderaler Statistikdienst GKS

Die Region Perm ist ein Subjekt der Russischen Föderation und liegt im Osten des europäischen Teils Russlands. Durch die Region führt die Transsibirische Eisenbahn und mehrere Föderale Fernstraßen. Die Hauptstadt Perm liegt an der Kama, dem größten Nebenfluss der Wolga. Vom internationalen Flughafen »Bolschoje Sawino« sind es zwei Flugstunden bis Moskau.

Die Region Perm gehört zu den wirtschaftlich stärksten Gebieten Russlands. Vor allem die Förderung und Verarbeitung von Erdöl und Kalisalzen, die Energiewirtschaft, die Eisen-, Buntmetall- und Chemieindustrie sowie

Fortsetzung auf der nächsten Seite

hat dazu geführt, dass das Interesse der Bevölkerung an Wahlen abnimmt. Angesichts fehlender Konkurrenz für die Kandidaten des herrschenden Regimes lässt sich nur schwerlich ein intensiver und interessanter Wahlkampf organisieren. Die Verschiebung des Wahltermins (des »einheitlichen Wahltags«) in den September hat dazu geführt, dass viele lieber die letzten warmen Tage nutzen, statt zur Wahl zu gehen.

Unter normalen Umständen ist die Wahlbeteiligung bei landesweiten Wahlen stets höher als bei Regional- oder Kommunalwahlen. Landesweite Wahlen sind wichtiger und das Problem einer niedrigen Wahlbeteiligung ist hier weniger akut. Allerdings war im Jahr 2016 bei den Wahlen zur Staatsduma, dem Unterhaus des russischen Parlamentes, die Wahlbeteiligung gegenüber den Dumawahlen von 2011 um 12 Prozentpunkte zurückgegangen, in der Region Perm waren es sogar 13. Hier gingen bei den Wahlen zur russischen Staatsduma lediglich 35,1 Prozent der Wahlberechtigten zur Urne. Das war eine der geringsten Wahlbeteiligungen in ganz Russland. Somit ist es besonders in der Region Perm wichtig, sich gut auf die Präsidentschaftswahlen vorzubereiten.

Warum gerade Maxim Reschetnikow?

Um bei den Präsidentschaftswahlen viele Wähler zu mobilisieren, muss zunächst auch bei den Wahlen in der Region selbst ein überzeugendes Ergebnis erzielt

werden. Und die Bürger werden kaum in die Wahllokale gehen, wenn es niemanden gibt, für den sie stimmen könnten. Vor diesem Hintergrund war der Kandidat Maxim Reschetnikow eine ausgezeichnete Wahl. Er hatte von Anfang an alle Chancen auf einen Sieg. Reschetnikow ist ein junger, energischer Bürokrat und stammt aus der Region Perm. Nachdem er als Software-Entwickler begonnen hatte, wechselte er in den Staatsdienst. Die Rechnung ging auf: Fast alle Vertreter der Wirtschaft und der politischen Klasse unterstützten ihn. Alle bisherigen – ernannten – Gouverneure hatten sich entweder heftiger Kritik ausgesetzt gesehen, sich in eine Isolierung manövriert oder als zu kraftlos erwiesen, um irgendwelche Entscheidungen zu treffen. Besonders gut sah Reschetnikow im Vergleich zu Viktor Bassargin aus, dem letzten ernannten Gouverneur. Dessen Abgang war von vielen herbeigesehnt worden, weil ihm Hilflosigkeit gegenüber den Problemen der Region vorgeworfen wurde.

Die Eliten der Region haben eine komplexe Struktur. Meist sind jedoch die einzelnen Vertreter und Gruppen über ein System horizontaler, vor allem wirtschaftlicher Beziehungen miteinander verbunden. Gleichzeitig sind die Eliten offen für neue »Mitglieder«, unabhängig von deren Herkunft oder Status. Falls jemandes Einfluss in diesem oder jenem Bereich groß genug ist, kann er in das System der Zusammenarbeit eingebunden werden. In diesem System herrscht äußerst starker Wettbewerb

der Maschinenbau und die Forstindustrie tragen zur Wirtschaftsleistung bei. In der Region werden rund zwei Prozent des russischen Erdöls gefördert, und hier erfolgt nahezu der gesamte Abbau von Kalisalzen des Landes. Letztere sind der Grundstoff für Kalidünger, zu dessen größten Abnehmern die Agrarwirtschaft in China gehört.

Zu den großen Unternehmen der Region gehören der Maschinenbaubetrieb »Motorbaukomplex Perm« und der Rüstungskonzern »Motowilichinskije sawody«. Auch der größte russische Fahrradhersteller »Forward« betreibt ein Werk in Perm. Zudem haben mehrere große Unternehmen mit ausländischer Beteiligung ihren Firmenstandort in der Region Perm, u. a. der Reinigungsmittelhersteller »Henkel«, der Süßwarenproduzent »Nestlé« sowie die russischen Werke von »AB InBev« und »Knauf«.

Immer bedeutender wird auch die IT-Industrie, die mittlerweile rund 18.000 Mitarbeiter beschäftigt, u. a. in Hightech-Startups wie dem Hersteller von Service-Robotern »Prombot«. Der Telekommunikationskonzern »ER-Telecom«, der bei Internetanschlüssen russlandweit an zweiter Stelle liegt, hat ebenfalls seinen Unternehmenssitz in der Region Perm.

Perm ist zudem ein wichtiges kulturelles Zentrum. Das Opern- und Ballett-Theater gilt als eines der besten in Russland. Neben dem Schauspielhaus »Teatr«, dem Jugendtheater und dem Puppentheater gibt es das Theater »U mosta« (»An der Brücke«), das in Russland durch seine Inszenierungen der Stücke von Martin McDonagh bekannt geworden ist. Die Staatliche Permer Kunstgalerie verfügt über außergewöhnliche Sammlungen, unter anderem von Permer Holzskulpturen. Das Museum für moderne Kunst »PERMM« ist das erste dieser Art außerhalb von Moskau und St. Petersburg.

In der Hauptstadt gibt es drei Universitäten: eine klassische Universität, eine Technische Universität und den Campus Perm der Nationalen Forschungsuniversität »Higher School of Economics«. Zu erwähnen ist auch die Medizinische Akademie Perm.

Maria V. Syropyatova (Ivanova)

und für die Anführer der unterschiedlichen Gruppen ist es oft schwer, sich untereinander zu einigen. Und es war eben Reschetnikow, dem es sofort nach seiner Rückkehr in die Region gelang, die Eliten um sich zu scharen. Sogar der bekannte Regisseur Teodor Kurensis, der die Kulturpolitik der Regionalregierung unter Reschetnikows Vorgänger Viktor Bassargin vehement kritisiert hatte, unterstützte nun öffentlich die Kandidatur Reschetnikows.

Die Region Perm gehört zu den führenden Industrieregionen Russlands (zur Wirtschaft der Region s. eingehender den Informationstext über die Region Perm, S. 14–15 dieser Ausgabe). Wegen der Wirtschaftskrise und der Sanktionen ist jedoch der Zugang Russlands zu ausländischen Technologien eingeschränkt. Daher ist eines der Hauptthemen der Permer Wirtschaft, wie ausbleibende Importe ersetzt werden können (Importsubstitution). Zudem haben die Industrieunternehmen einen Bedarf an Investitionen, die es erlauben würden, Perm in ein neues Silicon Valley zu verwandeln.

So liegt es auf der Hand, dass die Entscheidung für einen Kandidaten Reschetnikow eine Antwort auf die Bedürfnisse der Industrieunternehmer ist. Er wird als jemand wahrgenommen, der sich mit den Spezifika der Hightech-Branche in Russland auskennt. Seine Erfahrung in der Verwaltung dient zudem als Beleg, dass er als Mittler zwischen Unternehmen und den Behörden auftreten kann. Er wird als Beamter gesehen, der die nötigen Voraussetzungen für eine Entwicklung der Hightech-Industrie schaffen kann. So war es nur logisch, dass sich die Vertreter der Großunternehmen sofort nach seiner Ernennung zum kommissarischen Gouverneur um ihn scharten.

Allerdings gab es auch einige Ausnahmen von der nahezu umfassenden Unterstützung für Reschetnikow bei der Wahl. Zwei oppositionell eingestellte Wettbewerber strebten die Registrierung als Kandidaten bei den Gouverneurswahlen an. Einer von ihnen war Konstantin Okunew, ehemaliger Besitzer einer Handelskette und offiziell ein Bankrotteur. Er hat das Verfahren zur Registrierung als Kandidat nicht erfolgreich abschließen können, da er nicht die nötige Menge Unterschriften kommunaler Abgeordneter sammeln konnte. Der zweite war Oleg Charaskin, ein ehemaliger Landwirtschaftsminister der Region. Er hatte zwar die notwendigen Unterschriften zusammenbekommen, doch stellte sich später heraus, dass drei Abgeordnete auch für die Nominierung von Andrej Stepanow, einem anderen potentiellen Kandidaten, unterschrieben hatten. Ein Gericht entschied schließlich zu Gunsten Stepanows. Personen des öffentlichen Lebens warfen Reschetnikow vor, Druck auf die kommunalen Abgeordneten ausgeübt und letztlich das Angebot für die Wähler beschnitten zu haben.

Und tatsächlich haben die Beobachter fast einstimmig vom völligen Fehlen jeglicher Möglichkeiten gesprochen, dass die Kandidaten, die letztendlich registriert wurden, Reschetnikow bei den Wahlen einen echten Wettbewerb liefern könnten.

Politisch gesehen zeigte sich die Unterstützung durch die Bevölkerung und die Eliten im Wahlergebnis mit 82 Prozent der Stimmen für Reschetnikow. Die Wahlbeteiligung lag bei 42 Prozent, während sie in der Region bei den Wahlen zur Staatsduma 2016 noch bei 35 Prozent gelegen hatte. Eine solche Zunahme in einer einzelnen Region innerhalb eines Jahres ist recht einmalig, da die Wahlbeteiligung bei regionalen Wahlen gewöhnlich niedriger ist, als bei landesweiten. Dies ist umso bemerkenswerter, als die statistischen Berechnungen von Sergej Schpilkin zeigen, dass es in der Region Perm bei der Wahlbeteiligung keine Abweichungen von der normalen Verteilung gibt. Folglich kann man kaum von erheblichen Fälschungen der Wahlergebnisse sprechen. Die Beobachter der NGO »Golos«, die im ganzen Land die Wahlen beobachtet haben, sind insgesamt zum Schluss gekommen, dass die Wahlkommissionen in den Wahllokalen regelkonform vorgegangen sind. Allerdings heben sie hervor, dass es in einer Reihe von Wahllokalen zu Unregelmäßigkeiten bei der Stimmauszählung gekommen ist, und dass beobachtet wurde, wie Wähler zum Wahllokal gefahren wurden.

Wie lässt sich also diese Zunahme der Wahlbeteiligung erklären? Bezeichnend ist, dass die Wahlbeteiligung vor allem in Gebieten mit Industrieunternehmen zugenommen hat. Wahrscheinlich ist dieser Effekt darauf zurückzuführen, dass die Arbeitgeber Anreize für eine Wahlbeteiligung gegeben hatten. In der Regel bedeutete dies aber keine unmittelbare Nötigung zur Stimmabgabe. Der Arbeitgeber kann hier nur einfach drängen und die Mitarbeiter zum Urnengang aufrufen. Und in Zeiten der Krise lässt sich ein solcher Aufruf nur schwer öffentlich zurückweisen. Die Bürger sind in höherem Maße abhängig, weil sie bei einer Entlassung nur schwer wieder Arbeit finden würden. Allerdings liegt der Grad der Kontrolle über das Wahlverhalten nahezu bei null – die Arbeitgeber haben keine Verbindungen zu den Wahlkommissionen. Anders gesagt: Niemand kann genau wissen, ob jemand zur Wahl gegangen ist, oder nicht. Ein weiterer Faktor, der die Wahlbeteiligung ansteigen ließ, waren die um zwei Stunden verlängerten Öffnungszeiten der Wahllokale: Wer vom Wochenende vor der Stadt nach Hause kam, hatte noch bis zum Ende des Tages die Möglichkeit, ins Wahllokal zu gehen. Bemerkenswert ist, dass die Wahlbeteiligung in den Wahlbezirken der Stadt Perm relativ gering gestiegen ist (um 2,8 Prozentpunkte), wobei dieser Anstieg teilweise auf die Aktion einer Kinokette zurückzuführen

sein dürfte: Am Wahltag wurden an alle Wähler zwischen 18 und 35 Jahren Flyer verteilt, die man in Freikarten fürs Kino eintauschen konnte.

Ein Wahlkampf, der keiner war

Der Wahlkampf fand ohne echte Konkurrenz statt und wurde vollständig von Reschetnikows Team kontrolliert. Er bereiste die verschiedenen Gegenden der Region, traf sich mit Vertretern der Wirtschaft und von öffentlichen Einrichtungen sowie mit Arbeitern. Zu den Themen seiner Wahlkampfauftritte gehörten der Bau eines neuen Gebäudes für das Permer Opern- und Ballett-Theater, die Renovierung der Staatlichen Permer Kunstgalerie, die Probleme bei der Erweiterung des Städtischen Zoos und die Pläne für den Ausbau des Bahnhofs zu einem neuen Verkehrsknotenpunkt. Mit anderen Worten: Der Wahlkampf bestand aus Diskussionen über die Aufgaben, die der kommissarische Gouverneur Reschetnikow angehen müsse, sobald er ins Amt gewählt worden ist.

Am 8. September, als eine Reihe von Festivals und die Sommerbiathlon-WM in der Stadt Tschairowskij (Region Perm) zu Ende gingen, stattete Präsident Wladimir Putin Perm einen Besuch ab. Die Unterstützung durch Putin war wichtig; Wähler und Eliten schätzten die gute Bewertung des Potentials der Region durch den Präsidenten. Zur Umsetzung der Infrastrukturprojekte und für die in der Region benötigten Investitionen braucht es Unterstützung von der Zentralregierung. Und Maxim Reschetnikow gelang es in den entscheidenden letzten Tagen vor der Wahl, eine solche zu erhalten. Nach den Wahlen wurde dann bekannt, dass Putin eine Anweisung an die Regierung über die Finanzierung eines Neubaus des Permer Opern- und Ballett-Theaters sowie den Ausbau eines Fernstraßen-Abschnitts in der Region unterzeichnet hat. Reschetnikow hat bereits mit der Russischen Eisenbahn den Ausbau einer Eisenbahnstrecke auf dem Gebiet der Region Perm abgestimmt, bei dem eine zusätzliche Brücke über die Kama gebaut werden soll. Von Reschetnikow wird ein engagiertes Vorgehen zur Einwerbung von Investitionen, zur Gründung neuer Unternehmen und zur Entwicklung der Hightech-Branchen in der Region erwartet.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Region stärkt unweigerlich die Position der Mittelschicht, auch wenn die Wirtschaftssanktionen und die Krise unweigerlich

zu einer stärkeren Geschlossenheit der Eliten geführt haben. Der Kandidat Putins errang mit 82 Prozent einen überzeugenden Sieg, der von den Eliten und der Bevölkerung unterstützt wurde.

Gleichwohl musste Wladimir Putin bei der Entscheidung zugunsten von Gouverneurswahlen auch den Kontext berücksichtigen, d. h. die Besonderheiten der Region Perm. Das Wahlergebnis hat gezeigt, dass die Bevölkerung den Kandidaten des Präsidenten unterstützt. Und es wurde klar, dass nicht nur der Präsident in der Lage ist, einen effektiven Verwaltungschef zu bestimmen, sondern die Bürgerinnen und Bürger auch bereit sind, einen solchen zu unterstützen. Früher oder später werden die Politik der Importsubstitution und die Entwicklung der Hightech-Industrie Bedingungen schaffen, unter denen politischer Wettbewerb und ein ungehinderter Zugang aller Kandidaten zu Wahlen notwendig werden – ganz so, wie das bereits in anderen Ländern erfolgt ist.

Fazit

Die Region Perm hat zwar wegen der Sanktionen Rückschläge erfahren, doch werden diese nicht von Dauer sein. Das gilt umso mehr, als in der Region auf die Erfahrung demokratischer Wahlen zurückgegriffen werden kann. Es ist kein Zufall, dass Perm eine lebendige Kulturszene hat und als eine der Hochburgen gilt, in denen sich die Zivilgesellschaft entwickelt.

Bereits im 19. Jahrhundert war es der Traum der städtischen Eliten, ein Operntheater mit einem eigenen Ensemble einzurichten. 1870 dann wurde das Opern- und Ballett-Theater gebaut. Anfang des 20. Jahrhunderts entdeckte Sergej Dschagilew, dessen Onkel einer der Hauptmützen beim Bau des Theaters und der Gründung des Ensembles gewesen war, das russische Ballett für Europa. Eines der beiden Orchester des Theaters, »MusicAeterna«, eröffnete 2017 mit seinem Konzert die Salzburger Festspiele. Wirtschaftskreise aus Perm haben einen gewichtigen Anteil an der Förderung Theaters. Träume können wahr werden!

Es mag unwahrscheinlich erscheinen, doch es ist durchaus möglich, dass in der Region Perm in einigen Jahren eine echte Demokratie entsteht, eine Demokratie *ohne* Adjektive wie »souverän« oder »gelenkt«. In der Region Perm zumindest bestehen hierfür alle Voraussetzungen.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Über die Autorin

Maria V. Syropyatova (Ivanova) ist Doktorin der Politikwissenschaft und Dozentin an der Nationalen Forschungsuniversität »Higher School of Economics« in Perm. Ihr Forschungsinteresse gilt Fragen der Wahlpolitik, der Regionalpolitik sowie des Wahlverhaltens. Zuletzt ist von ihr der Artikel »Social factors of electoral behavior in Russia's local elections« [russ.] in der Zeitschrift »Politicheskaja Nauka« erschienen (2017, Nr. 1).

Lesetipps auf der nächsten Seite

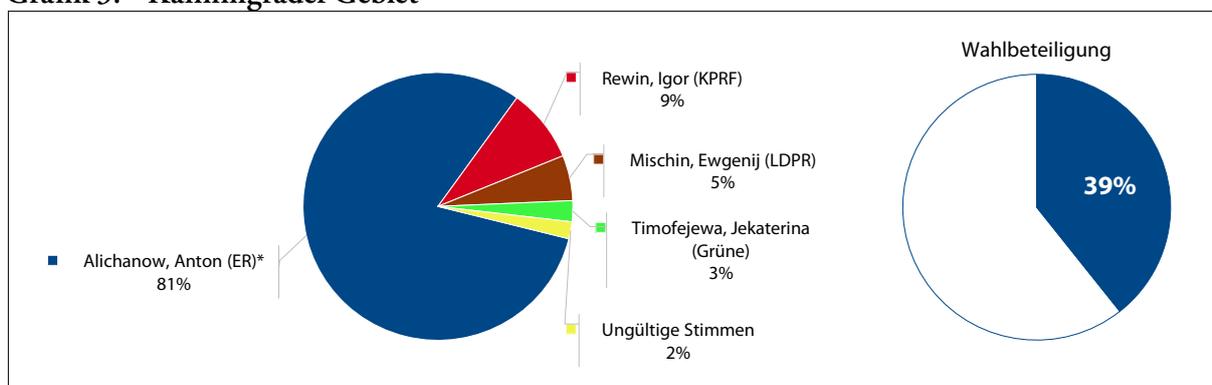
Lesetipps

- Golosov, Grigorii V.: Machine Politics: The Concept and Its Implications for Post-Soviet Studies, in: Demokrati-zatsiya, 21.2013, Nr. 4, S. 459–80.
- Sharafutdinova, Gulnaz; Jevgenijs Steinbuks: Governors Matter, in: Economics of transition, 25.2017, Nr. 3, S. 471–493.

STATISTIK

Vorläufige amtliche Endergebnisse der Gouverneurswahlen

Grafik 3: Kaliningrader Gebiet



ER – Einiges Russland

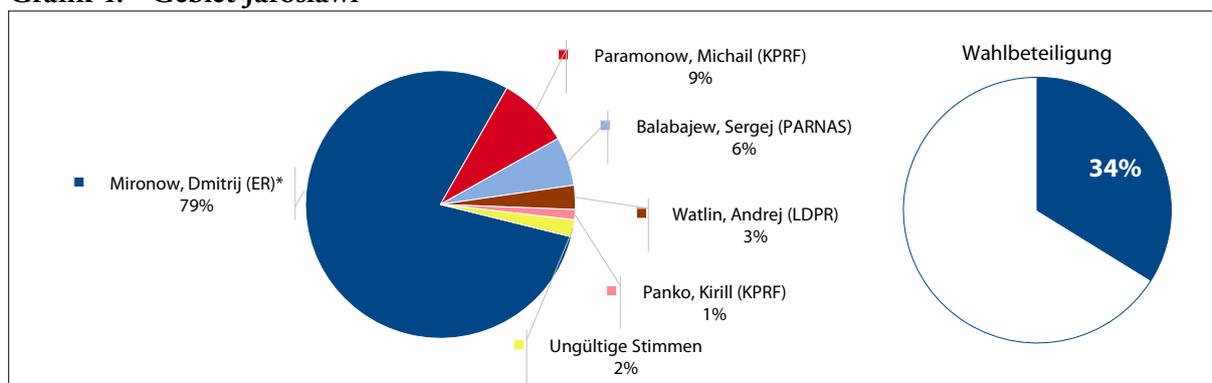
KPRF – Kommunistische Partei der Russischen Föderation

LDPR – Liberaldemokratische Partei Russlands

** Kommissarisch im Amt seit dem 06.10.2016*

Quelle: <http://www.kaliningrad.vybory.izbirkom.ru/region/region/kaliningrad?action=show&root=1&tvd=2392000625750&cvr=2392000625746®ion=39&global=&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vibid=2392000625750&type=222>

Grafik 4: Gebiet Jaroslawl



ER – Einiges Russland

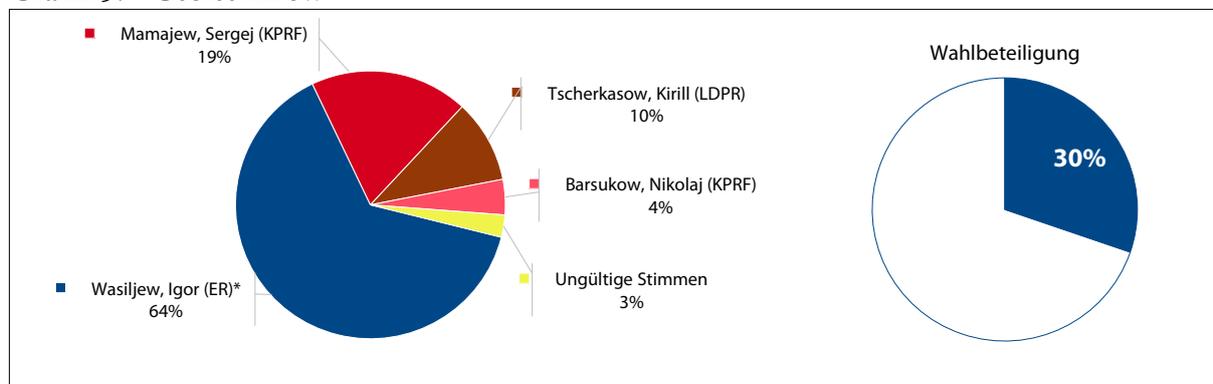
KPRF – Kommunistische Partei der Russischen Föderation

LDPR – Liberaldemokratische Partei Russlands

** Kommissarisch im Amt seit dem 28.07.2016*

Quelle: <http://www.yaroslavl.vybory.izbirkom.ru/region/region/yaroslavl?action=show&root=1&tvd=2762000580291&cvrn=2762000580287®ion=76&global=&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vibid=2762000580291&type=222>

Grafik 5: Gebiet Kirow



ER – Einiges Russland

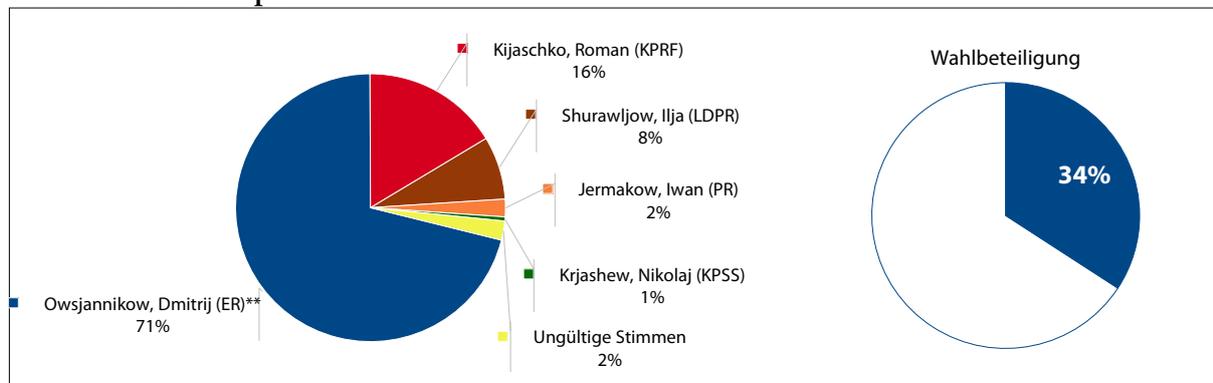
KPRF – Kommunistische Partei der Russischen Föderation

LDPR – Liberaldemokratische Partei Russlands

* Kommissarisch im Amt seit dem 28.07.2016

Quelle: <http://www.kirov.vybory.izbirkom.ru/region/region/kirov?action=show&root=1&tvd=24320001052063&vrn=24320001052059®ion=43&global=&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vibid=24320001052063&type=222>

Grafik 6: Sewastopol*



ER – Einiges Russland

KPRF – Kommunistische Partei der Russischen Föderation

LDPR – Liberaldemokratische Partei Russlands

PR – Patrioten Russlands

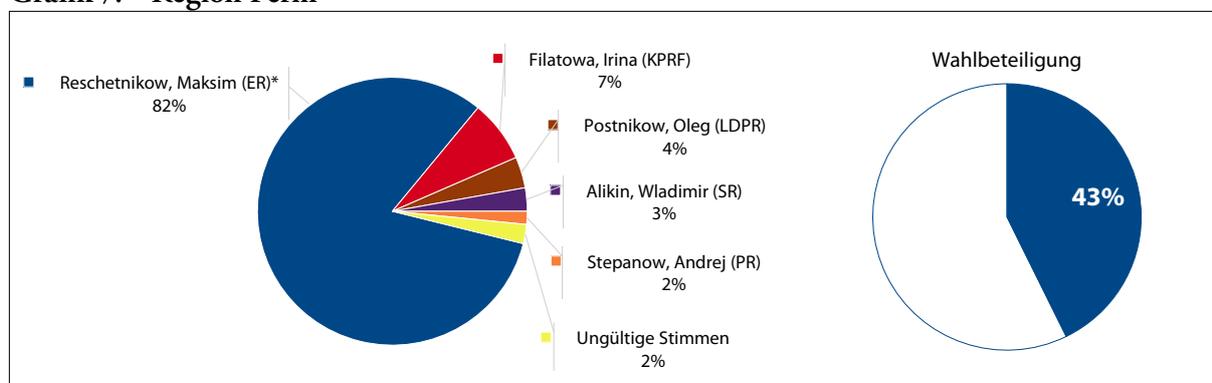
KPSS – Kommunistische Partei der Sozialen Gerechtigkeit

* 2014 von Russland annektiert; die Annexion wird von der Ukraine und einem Großteil der UNO-Mitgliedsstaaten nicht anerkannt.

** Kommissarisch im Amt seit dem 28.07.2016

Quelle: <http://www.sevastopol.vybory.izbirkom.ru/region/region/sevastopol?action=show&root=1&tvd=2942000140462&vrn=2942000140458®ion=94&global=&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vibid=2942000140462&type=222>

Grafik 7: Region Perm



ER – Einiges Russland

KPRF – Kommunistische Partei der Russischen Föderation

LDPR – Liberaldemokratische Partei Russlands

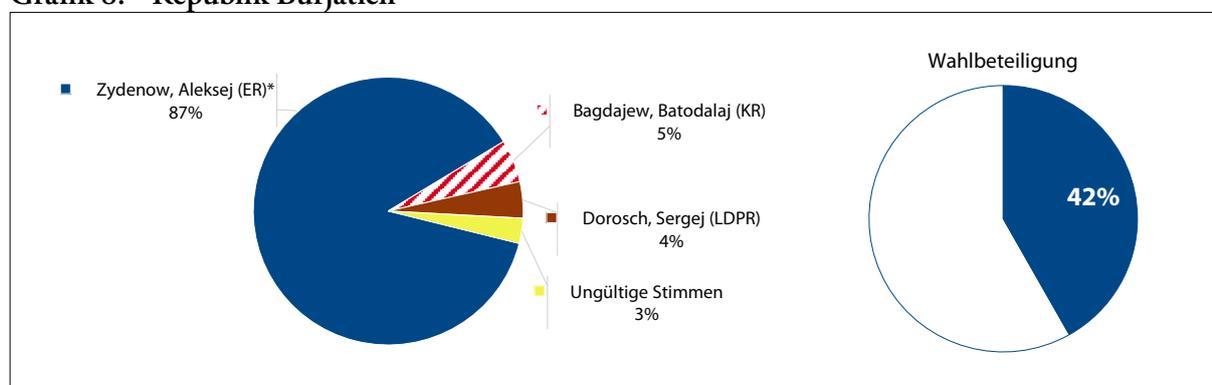
SR – Gerechtes Russland

PR – Patrioten Russlands

** Kommissarisch im Amt seit dem 06.02.2017*

Quelle: <http://www.permkrai.vybory.izbirkom.ru/region/region/permkrai?action=show&root=1&tvd=25920001612071&vrn=25920001612067®ion=90&global=&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vibid=25920001612071&type=222>

Grafik 8: Republik Burjatien



ER – Einiges Russland

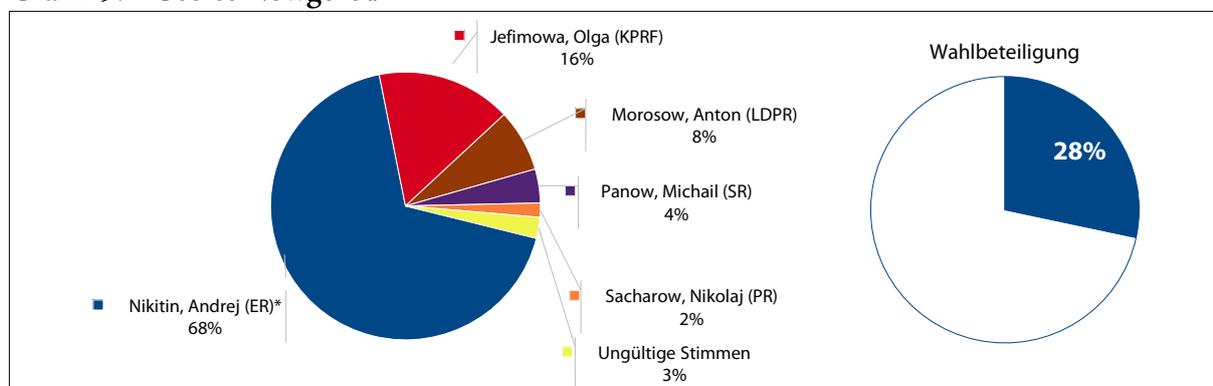
KR - Kommunisten Russlands

LDPR – Liberaldemokratische Partei Russlands

** Kommissarisch im Amt seit dem 07.02.2017*

Quelle: <http://www.buriat.vybory.izbirkom.ru/region/region/buriat?action=show&root=1&tvd=2032000763930&vrn=2032000763926®ion=4&global=&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vibid=2032000763930&type=222>

Grafik 9: Gebiet Nowgorod



ER – Einiges Russland

KPRF – Kommunistische Partei der Russischen Föderation

LDPR – Liberaldemokratische Partei Russlands

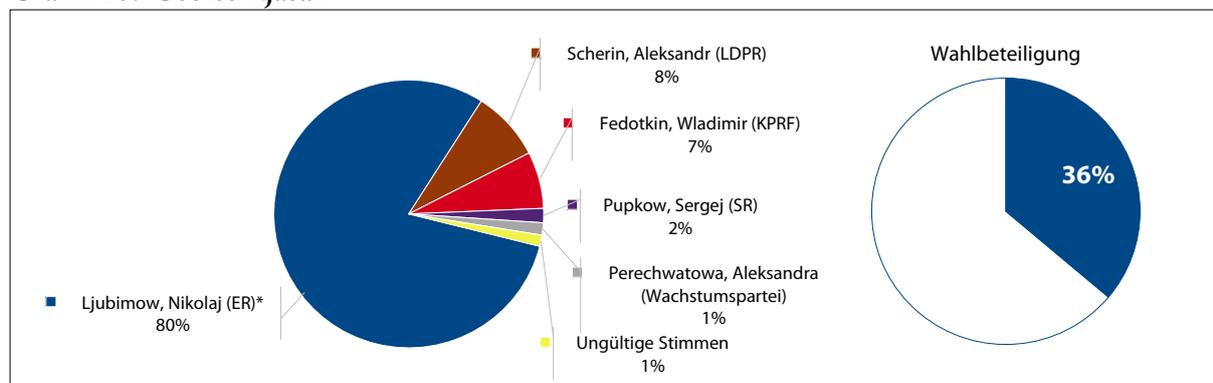
SR – Gerechtes Russland

PR – Patrioten Russlands

** Kommissarisch im Amt seit dem 13.02.2017*

Quelle: <http://www.novgorod.vybory.izbirkom.ru/region/region/novgorod?action=show&root=1&tvd=2532000600697&vrn=2532000600693®ion=53&global=&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vbid=2532000600697&type=222>

Grafik 10: Gebiet Rjasan



ER – Einiges Russland

KPRF – Kommunistische Partei der Russischen Föderation

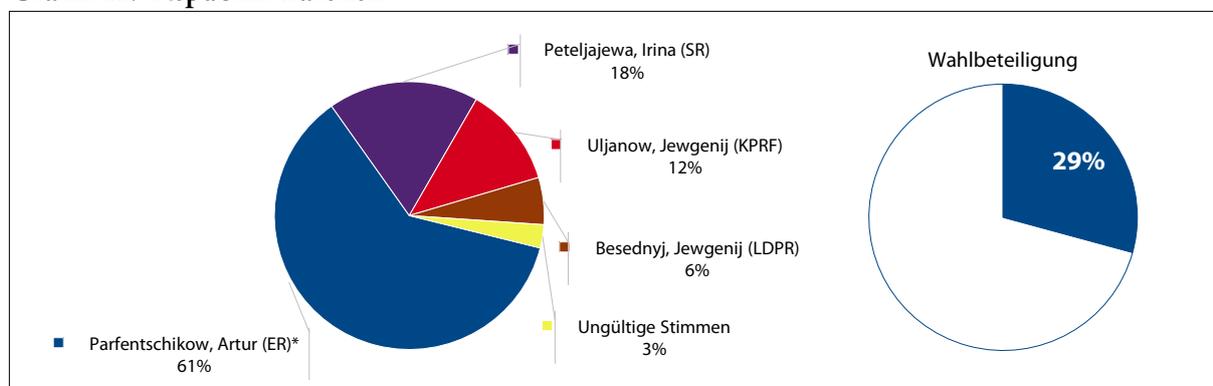
LDPR – Liberaldemokratische Partei Russlands

SR – Gerechtes Russland

** Kommissarisch im Amt seit dem 14.02.2017*

Quelle: <http://www.ryazan.vybory.izbirkom.ru/region/region/ryazan?action=show&root=1&tvd=2622000745276&vrn=2622000745272®ion=62&global=&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vbid=2622000745276&type=222>

Grafik 11: Republik Karelrien



ER – Einiges Russland

KPRF – Kommunistische Partei der Russischen Föderation

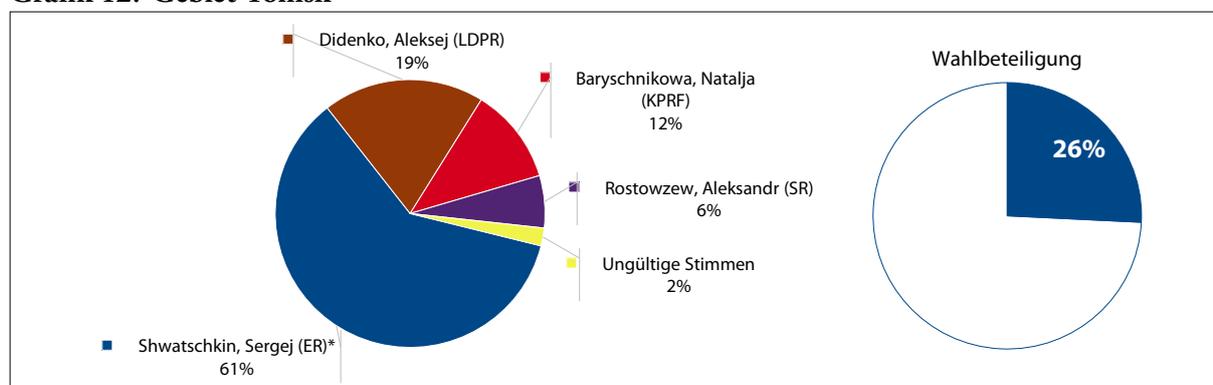
LDPR – Liberaldemokratische Partei Russlands

SR – Gerechtes Russland

** Kommissarisch im Amt seit dem 15.02.2017*

Quelle: <http://www.karel.vybory.izbirkom.ru/region/region/karel?action=show&root=1&tvd=2102000620968&vrn=2102000620964®ion=10&global=&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vbid=2102000620968&type=222>

Grafik 12: Gebiet Tomsk



ER – Einiges Russland

KPRF – Kommunistische Partei der Russischen Föderation

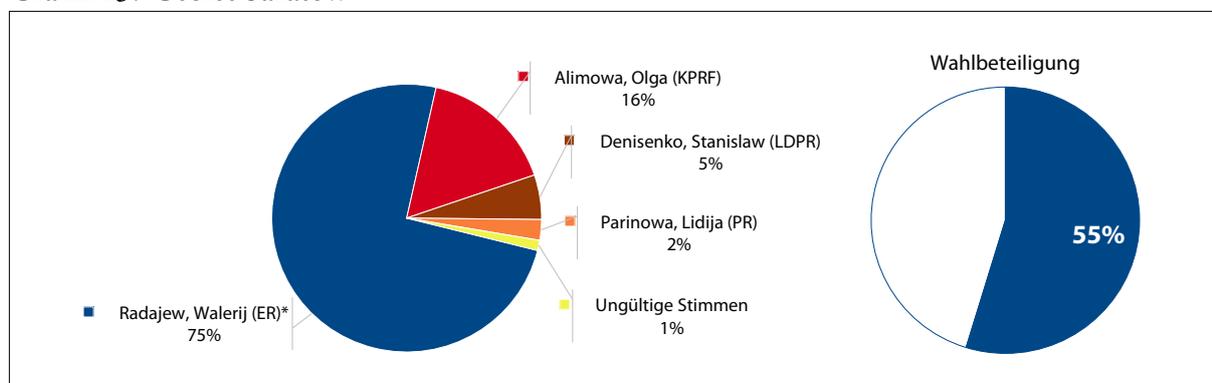
LDPR – Liberaldemokratische Partei Russlands

SR – Gerechtes Russland

** Im Amt seit dem 17.03.2017*

Quelle: <http://www.tomsk.vybory.izbirkom.ru/region/region/tomsk?action=show&root=1&tvd=2702000598468&vrn=2702000598464®ion=70&global=&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vbid=2702000598468&type=222>

Grafik 13: Gebiet Saratow



ER – Einiges Russland

KPRF – Kommunistische Partei der Russischen Föderation

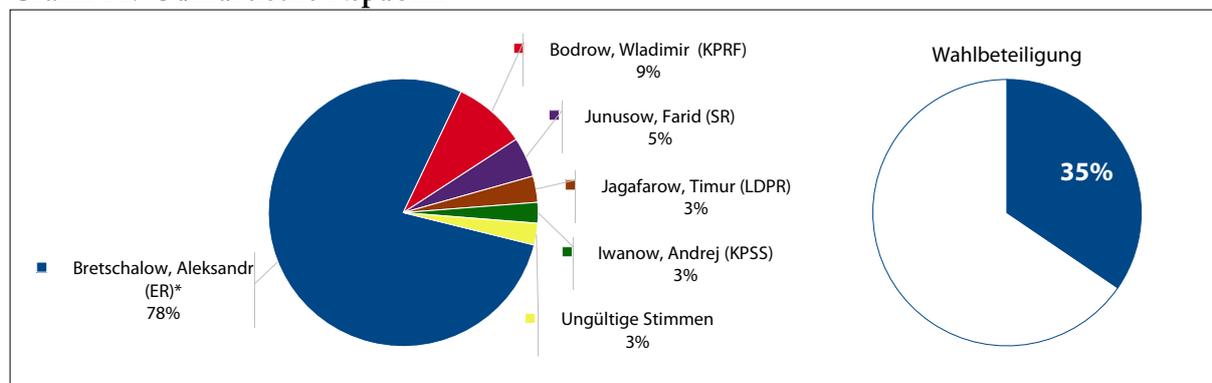
LDPR – Liberaldemokratische Partei Russlands

PR – Patrioten Russlands

** Im Amt seit dem 05.04.2012*

Quelle: <http://www.saratov.vybory.izbirkom.ru/region/region/saratov?action=show&root=1&tvd=26420001300090&vrn=26420001300086®ion=64&global=&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vbid=26420001300090&type=222>

Grafik 14: Udmurtische Republik



ER – Einiges Russland

KPRF – Kommunistische Partei der Russischen Föderation

LDPR – Liberaldemokratische Partei Russlands

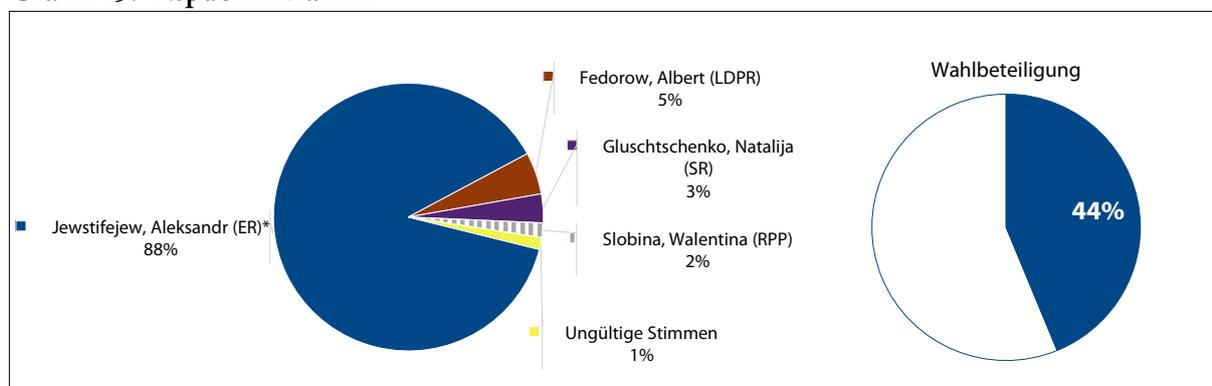
SR – Gerechtes Russland

KPSS – Kommunistische Partei der Sozialen Gerechtigkeit

** Kommissarisch im Amt seit dem 04.04.2017*

Quelle: <http://www.udmurt.vybory.izbirkom.ru/region/region/udmurt?action=show&root=1&tvd=2182v000894482&vrn=2182000894478®ion=18&global=&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vbid=2182000894482&type=222>

Grafik 15: Republik Mari El



ER – Einiges Russland

LDPR – Liberaldemokratische Partei Russlands

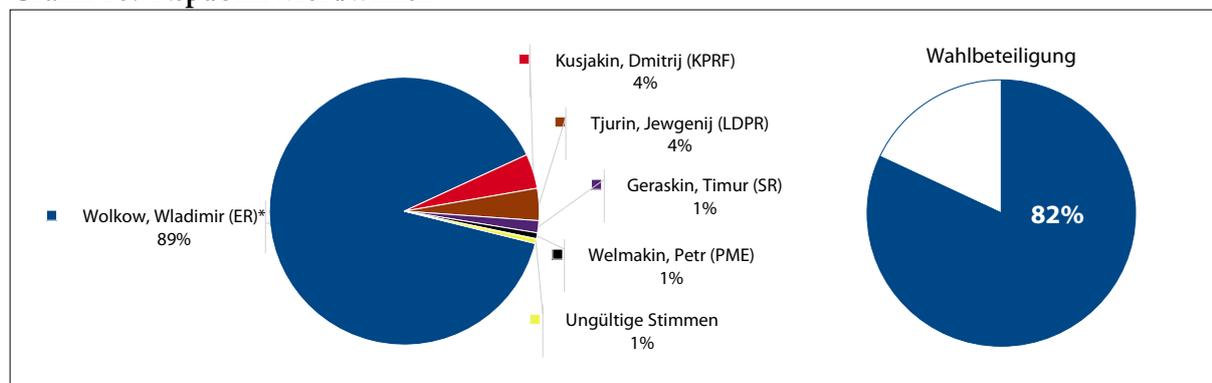
SR – Gerechtes Russland

RPP – Russische Partei der Pensionäre

** Kommissarisch im Amt seit dem 06.04.2017*

Quelle: <http://www.mari-el.vybory.izbirkom.ru/region/region/mari-el?action=show&root=1&tvd=2122000693843&vrn=2122000693839®ion=12&global=&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vibid=2122000693843&type=222>

Grafik 16: Republik Mordwinien



ER – Einiges Russland

KPRF – Kommunistische Partei der Russischen Föderation

LDPR – Liberaldemokratische Partei Russlands

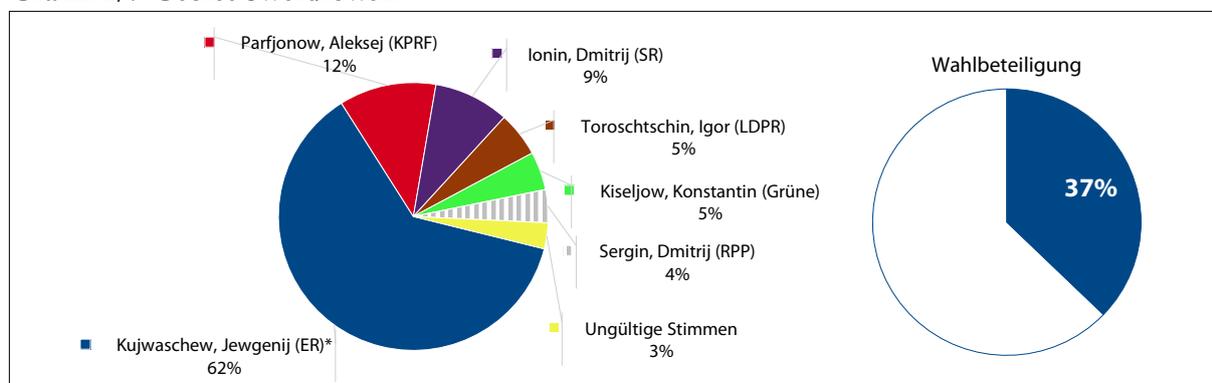
SR – Gerechtes Russland

PME – Partei für Frieden und Einheit

** Im Amt seit dem 10.05.2012*

Quelle: <http://www.mordov.vybory.izbirkom.ru/region/region/mordov?action=show&root=1&tvd=2132000853373&vrn=2132000853369®ion=13&global=&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vibid=2132000853373&type=222>

Grafik 17: Gebiet Swerdlowsk



ER – Einiges Russland

KPRF – Kommunistische Partei der Russischen Föderation

LDPR – Liberaldemokratische Partei Russlands

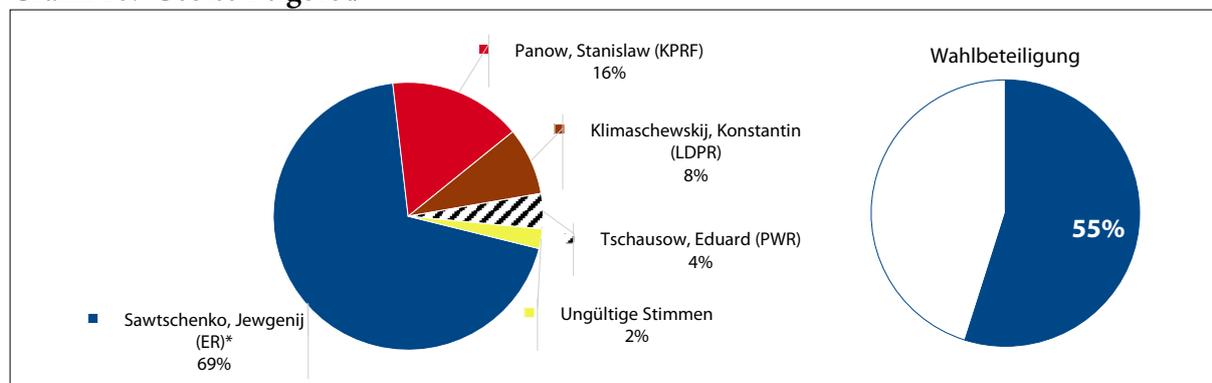
SR – Gerechtes Russland

RPP – Russische Partei der Pensionäre

* Kommissarisch im Amt seit dem 17.04.2017

Quelle: <http://www.sverdlovsk.vybory.izbirkom.ru/region/region/sverdlovsk?action=show&root=1&tvd=26620002109788&vrn=26620002109784®ion=66&global=&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vibid=26620002109788&type=222>

Grafik 18: Gebiet Belgorod



ER – Einiges Russland

KPRF – Kommunistische Partei der Russischen Föderation

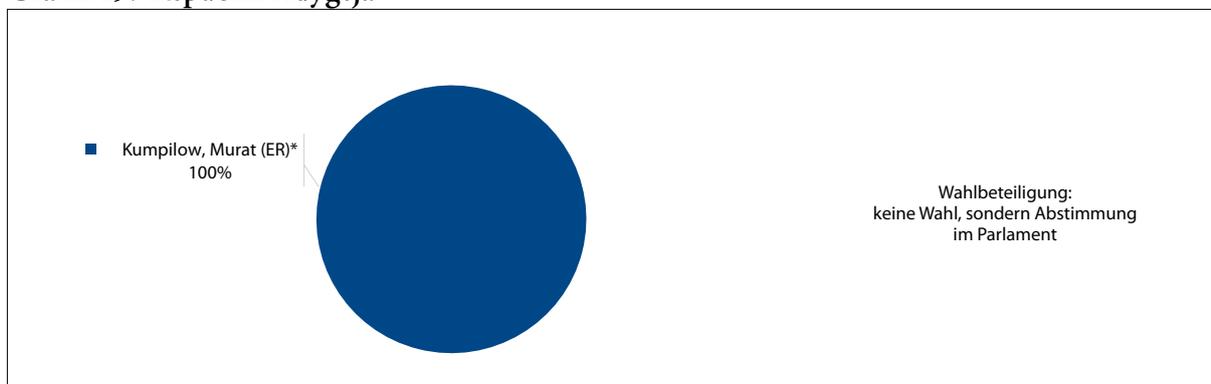
LDPR – Liberaldemokratische Partei Russlands

PWR – Partei der Veteranen Russlands

* Im Amt seit dem 18.12.1993

Quelle: <http://www.belgorod.vybory.izbirkom.ru/region/region/belgorod?action=show&root=1&tvd=2312000634645&vrn=2312000634641®ion=31&global=&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vibid=2312000634645&type=222>

Grafik 19: Republik Adygeja



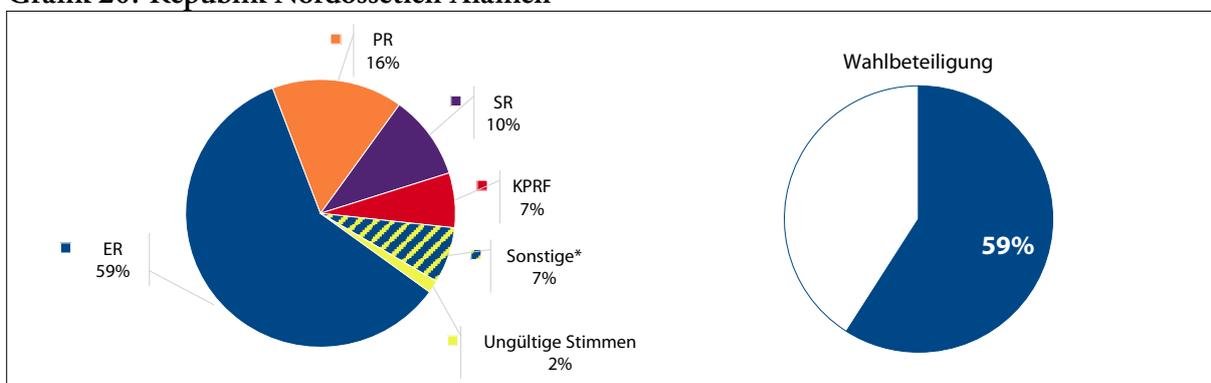
ER – Einiges Russland

* Kommissarisch im Amt seit dem 12.01.2017

Quelle: <http://www.gshra.ru/deputaty-izbrali-glavoy-respubliki-adygeya-murata-kumpilova_10-09-2017.html>

Vorläufige amtliche Endergebnisse der Parlamentswahlen in den Föderationssubjekten

Grafik 20: Republik Nordossetien-Alanien



SR – Gerechtes Russland

ER – Einiges Russland

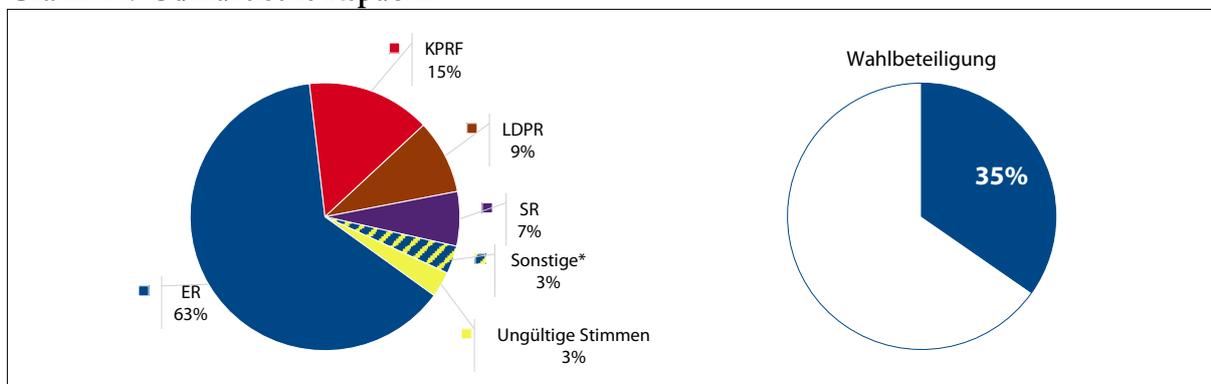
PR – Patrioten Russlands

KPRF – Kommunistische Partei der Russischen Föderation

* Parteien, die nicht die 5%-Hürde überwinden konnten

Quelle: <http://www.n_osset-alania.vybory.izbirkom.ru/region/region/n_osset-alania?action=show&root=1&ctvd=2152000473311&vrn=2152000473306®ion=15&global=&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vbid=2152000473311&type=380>

Grafik 21: Udmurtische Republik



SR – Gerechtes Russland

ER – Einiges Russland

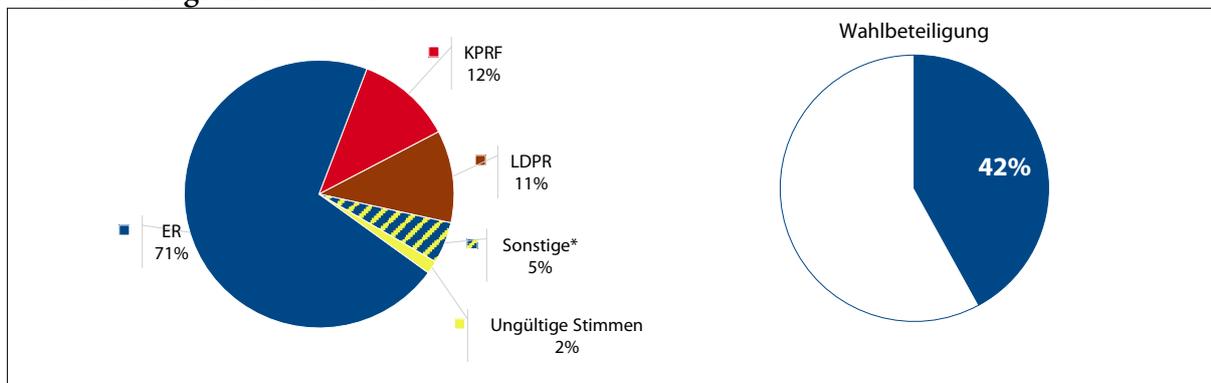
KPRF – Kommunistische Partei der Russischen Föderation

LDPR – Liberaldemokratische Partei Russlands

** Parteien, die nicht die 5%-Hürde überwinden konnten*

Quelle: <http://www.udmurt.vybory.izbirkom.ru/region/region/udmurt?action=show&root=1&tvd=2182000896821&vrn=2182000894428®ion=18&global=&sub_region=0&prver=2&pronetvd=1&vibid=2182000896821&type=425>

Grafik 22: Region Krasnodar



ER – Einiges Russland

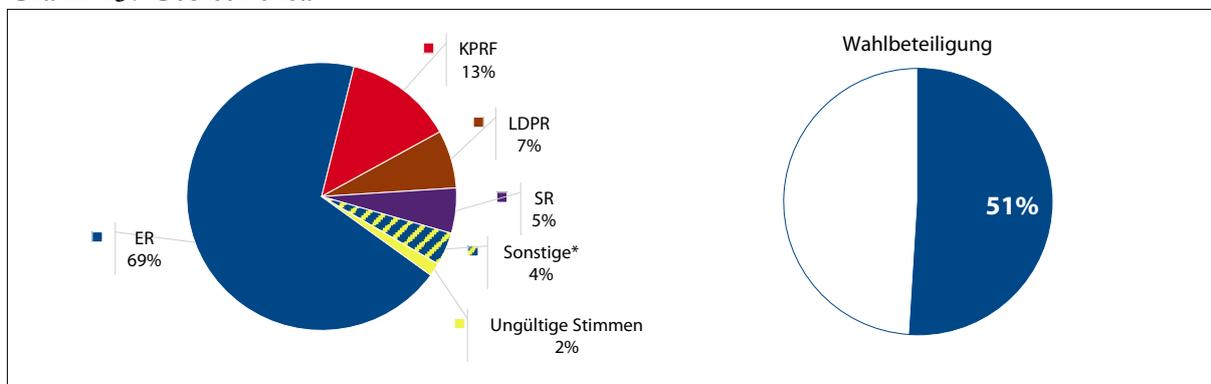
KPRF – Kommunistische Partei der Russischen Föderation

LDPR – Liberaldemokratische Partei Russlands

** Parteien, die nicht die 5%-Hürde überwinden konnten*

Quelle: <http://www.krasnodar.vybory.izbirkom.ru/region/region/krasnodar?action=show&root=1&tvd=22320002020566&vrn=22320002020561®ion=23&global=&sub_region=0&prver=0&pronetvd=0&vibid=22320002020566&type=228>

Grafik 23: Gebiet Pensa



SR – Gerechtes Russland

ER – Einiges Russland

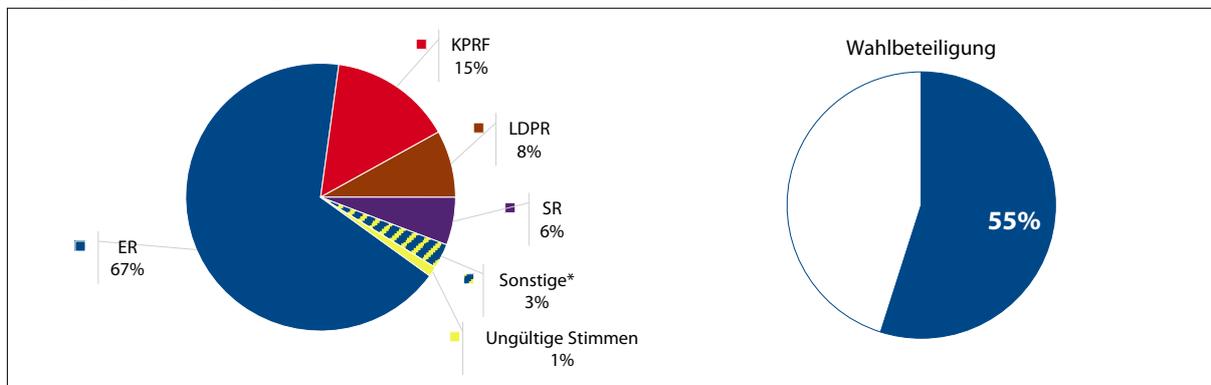
KPRF – Kommunistische Partei der Russischen Föderation

LDPR – Liberaldemokratische Partei Russlands

* Parteien, die nicht die 5%-Hürde überwinden konnten

Quelle: <http://www.penza.vybory.izbirkom.ru/region/region/penza?action=show&root=1&tvd=2582000776790&vrn=2582000776785®ion=58&global=&sub_region=0&prver=2&pronetvd=1&vibid=2582000776790&type=425>

Grafik 24: Gebiet Saratow



SR – Gerechtes Russland

ER – Einiges Russland

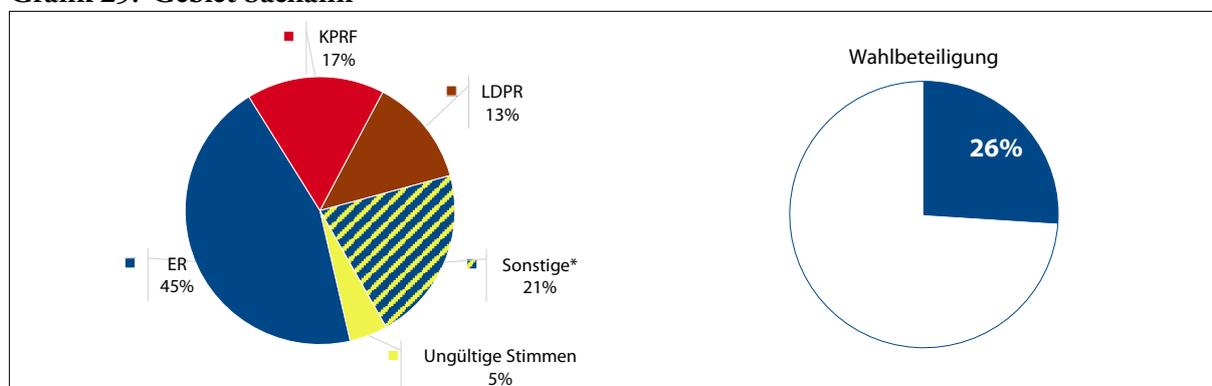
KPRF – Kommunistische Partei der Russischen Föderation

LDPR – Liberaldemokratische Partei Russlands

* Parteien, die nicht die 5%-Hürde überwinden konnten

Quelle: <http://www.saratov.vybory.izbirkom.ru/region/region/saratov?action=show&root=1&tvd=26420001300149&vrn=26420001300144®ion=64&global=&sub_region=0&prver=0&pronetvd=0&vibid=26420001300149&type=228>

Grafik 25: Gebiet Sachalin



ER – Einiges Russland

KPRF – Kommunistische Partei der Russischen Föderation

LDPR – Liberaldemokratische Partei Russlands

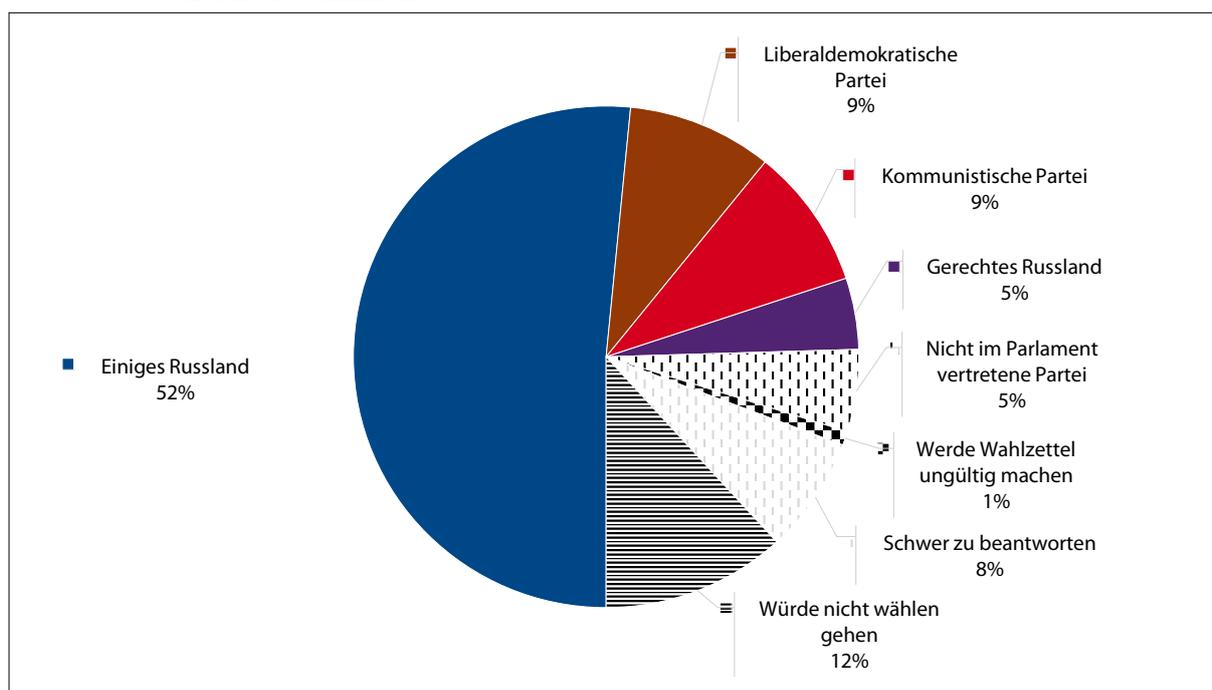
* Parteien, die nicht die 5%-Hürde überwinden konnten

Quelle: <http://www.sakhalin.vybory.izbirkom.ru/region/region/sakhalin?action=show&root=1&tvd=2652000415235&vrn=2652000415230®ion=65&global=&sub_region=0&prver=0&pronetvd=0&vibid=2652000415235&type=228>

UMFRAGE

Sonntagsfrage zur Duma-Wahl

Grafik 26: Wenn am nächsten Sonntag Duma-Wahl wäre, für welche der folgenden Parteien würden Sie stimmen?



Quelle: Umfrage von WZIOM <<https://wciom.ru/index.php?id=236&cuid=116384>>, 07.09.2017

1. – 20. September 2017

01.09.2017	In Moskau nehmen mehr als 200.000 Gläubige an den Feierlichkeiten zum islamischen Opferfest teil. Es gibt nach Angaben des Innenministeriums keine Zwischenfälle.
02.09.2017	Russlands Außenministerium bestellt den stellvertretenden Leiter der US-Botschaft, Anthony Godfrey, ein. Ihm wird eine Protestnote überreicht. Anlass ist der Plan der USA, die gerade geschlossene russische Handelsvertretung in Washington zu durchsuchen. Zuvor hatten Berichte über schwarzen Rauch über dem russischen Konsulat in San Francisco für Aufregung gesorgt. Was dort vermutlich verbrannt wurde, ist nicht bekannt.
03.09.2017	Vor der Botschaft Myanmars versammeln sich Hunderte Muslime, um gegen das Vorgehen der Armee des südostasiatischen Landes gegen die muslimischen Rohingya zu protestieren. Die Moskauer Polizei schreitet nicht gegen die nicht angemeldete Versammlung ein.
03.09.2017	Russland gewinnt die Volleyball-Europameisterschaft der Männer. Im Endspiel setzt sich die russische Mannschaft mit 3:2 Sätzen gegen Deutschland durch.
03.09.2017	Auf das Auto der politischen Kommentatorin der »Nowaja Gaset« Julija Latynina verüben Unbekannte einen Brandanschlag. Die Journalistin verlässt daraufhin Russland.
04.09.2017	In Grosnyj versammeln sich nach Angaben des Innenministeriums der Tschetschenischen Republik 1,1 Millionen Menschen, um gegen den Genozid an den Muslimen in Myanmar zu demonstrieren. Sie verlangen von Präsident Wladimir Putin, dass er seine ganze Autorität zur Beendigung des Völkermords an den muslimischen Rohingya einsetzt. Ramsan Kadyrow, Oberhaupt der Tschetschenischen Republik, fordert eine »internationale Untersuchung der Verbrechen gegen die Menschlichkeit«.
05.09.2017	Auf einer Kundgebung in der südrussischen Stadt Tscherkessk fordern mehr als Tausend Teilnehmer die russische Regierung auf, Maßnahmen zum Schutz der Rohingya in Myanmar zu ergreifen.
05.09.2017	Russlands Präsident Wladimir Putin kündigt eine UN-Resolution zur Entsendung von Friedenstruppen in die Ostukraine an. Diese sollen die unbewaffnete Beobachtermission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) entlang der Frontlinie schützen. Sie sollen jedoch nicht im gesamten Gebiet der sogenannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk eingesetzt werden.
06.09.2017	Das Internationale Paralympische Komitee verlängert die Sperre für das Russische Paralympische Komitee. Behindertensportler aus Russland bleiben somit von allen Wettkämpfen ausgeschlossen. Unter bestimmten Voraussetzungen können russische Sportler jedoch als neutrale Athleten an den Qualifikationswettkämpfen für die Winter-Paralympics 2018 in Pyeongchang teilnehmen.
06.09.2017	Ein Moskauer Stadtgericht verurteilt Rasim Iskakow wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte zu zweieinhalb Jahren Haft. Iskakow soll während der Proteste am 12. Juni 2017 zwei Polizisten mit dem Fuß getreten haben.
07.09.2017	Im Atomkonflikt mit Nordkorea lehnt Russlands Präsident Wladimir Putin eine Verschärfung der UN-Sanktionen ab. Auf einem Wirtschaftstreffen in Wladiwostok, an dem zahlreiche fernöstliche Staaten teilnehmen, betont er, dass das Problem mit »diplomatischen Mitteln« gelöst werden müsse.
09.09.2017	Moskaus Bürgermeister Sergej Sobjanin entlässt den Verwaltungschef des Moskauer Bezirks Nowo-Peredelkino sowie dessen Stellvertreterin wegen grober Verstöße bei der Vorbereitung der Kommunalwahlen. Zuvor war bei »Youtube« ein Video aufgetaucht, das die stellvertretende Verwaltungschefin dabei zeigt, wie sie Mitgliedern der Wahlkommission Umschläge mit unbekanntem Inhalt als »Vorschuss« bzw. zur »Belohnung« überreicht.
09.09.2017	Zum 870. Jahrestag der Gründung Moskaus eröffnen Präsident Wladimir Putin und Moskaus Bürgermeister Sergej Sobjanin den Zarlade-Park im Herzen der russischen Hauptstadt. Der neue Landschaftspark befindet sich direkt am Roten Platz, wo einst das Hotel »Rossija« stand. Neben Naturflächen finden Besucher dort Restaurants, eine Philharmonie und ein Amphitheater. Eine Brücke führt in gewagter Architektur weit über die Moskwa hinaus.
10.09.2017	Allgemeiner Wahltag in Russland: In 16 Föderationssubjekten wählen die Bürger ein neues Oberhaupt und in 6 Föderationssubjekten finden regionale Parlamentswahlen statt. Außerdem gibt es in vielen Regionen (u. a. in Moskau) Kommunalwahlen und Referenden. In allen 16 Föderationssubjekten wird der Kandidat der Partei »Einiges Russland« zum Oberhaupt gewählt, auch bei den regionalen Parlamentswahlen wird jeweils »Einiges Russland« stärkste Partei. Bei den Kommunalwahlen in Moskau kann die Opposition 14 Wahlkreise gewinnen.
12.09.2017	Die russische Kinokette »Cinema Park« erklärt, den Film »Matilda« des Regisseurs Aleksej Utschitel aufgrund von Sicherheitsbedenken nicht zeigen zu wollen. Der Film, der am 26. Oktober in den Verleih kommen soll, erzählt von der Affäre des künftigen Zaren Nikolaus II. mit der Tänzerin Matilda Kschessinskaja. Seit Monaten sorgt er für wütende Protesten von Monarchisten und konservativen Orthodoxen, die um das Ansehen des Zaren fürchten. Am Vortag hatten Maskierte zwei Autos vor dem Büro von Utschitels Anwalt angezündet.

12.09.2017	Mitglieder der nationalistischen Bewegung SERB («South East Radical Block») entfernen eine Gedenktafel für Boris Nemzow, die wenige Tage zuvor am früheren Wohnhaus des Politikers angebracht worden war. Moskaus Vizebürgermeister Leonid Petschatnikow erklärt, dass die Tafel früher oder später sowieso hätte entfernt werden müssen, da sie gesetzeswidrig angebracht worden sei.
12.09.2017	In mehreren russischen Großstädten werden nach anonymen Bombendrohungen Einkaufszentren und öffentliche Gebäude evakuiert. Bomben werden jedoch nicht gefunden. Bereits an den Vortagen war es nach telefonischen Anschlagsdrohungen zu Evakuierungen gekommen.
13.09.2017	Nach Drohanrufen werden auch in Moskau Einkaufszentren, Bahnhöfe, Schul- und Universitätsgebäude geräumt. Mehr als 100.000 Menschen werden in Sicherheit gebracht. Sprengstoff wird nicht gefunden.
13.09.2017	Die US-Regierung verbietet allen Bundesbehörden die Nutzung von Software des russischen IT-Sicherheitsunternehmens »Kaspersky Lab«. Laut Erklärung des Heimatschutzministeriums bestehe die Sorge, dass der russische Geheimdienst mit Hilfe von Kaspersky-Produkten die Informationssysteme der US-Behörden kompromittieren könnte.
14.09.2017	Russland und Belarus beginnen mit dem gemeinsamen Militärmanöver »Sapad 2017«. Nach offiziellen Angaben üben die Einheiten in Belarus den Kampf gegen Extremisten, die in Kaliningrad und Belarus einfallen und versuchen, die Regierung zu stürzen. An der siebentägigen Übung nehmen russischen Angaben zufolge 12.700 Soldaten, etwa 250 Panzer und zehn Schiffe teil. Mehrere westliche Staaten und die NATO gehen allerdings von einer deutlich höheren Teilnehmerzahl aus.
14.09.2017	Der Europäische Rat verlängert seine Sanktionen gegen Russland wegen Bedrohung der territorialen Integrität, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine um weitere sechs Monate.
14.09.2017	Wegen Unterschlagung wird der stellvertretende Direktor des Föderalen Dienstes für den Strafvollzug, Oleg Korschunow, vorläufig festgenommen. Er soll Benzin und Lebensmittel im Wert von 160 Millionen Rubel (ca. 2 Mio. Euro) veruntreut haben.
16.09.2017	In elf russischen Regionen werden erneut Tausende Menschen nach telefonischen Bombendrohungen evakuiert. Es wird wieder kein Sprengstoff gefunden.
18.09.2017	Die russische Regierung billigt den Haushaltsentwurf für das Jahr 2018 sowie den Haushaltsplan für die Jahre 2019 und 2020. Für 2018 geht die russische Regierung von einem Defizit in Höhe von 1,37 Prozent des BIP aus. Die Inflation wird mit 4 Prozent veranschlagt.
19.09.2017	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) lehnt eine Überprüfung des Urteils gegen Russland zum Geiseldrama von Beslan ab. Damit ist das Urteil aus dem April rechtskräftig. Die Straßburger Richter hatten Russland schweres Versagen beim Krisenmanagement vorgeworfen und 409 Opfern insgesamt knapp drei Millionen Euro Schmerzensgeld zugesprochen.
19.09.2017	In Moskau wird ein Denkmal für den Ingenieur Michail Kalaschnikow enthüllt. Er hatte 1947 das Sturmgewehr AK-47 entwickelt, das in vielen Ländern in großer Zahl zum Einsatz kam. Kalaschnikow war 2013 im Alter von 94 Jahren gestorben.
20.09.2017	Der Chef des sogenannten »Christlichen Staats – Heilige Rus« Aleksandr Kalinin wird festgenommen. Er hatte dazu aufgerufen, Kinos niederzubrennen, die beabsichtigen, den Film »Matilda« des Regisseurs Aleksej Utschitel zu zeigen.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen (die Meldungen für den Sommer 2017 werden in Kürze nachgereicht).

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Gwendolyn Sasse (verantwortlich) und Martin Brand

Sprachredaktion: Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2017 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen zur post-sowjetischen Region werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die Polen-Analysen werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut, der Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies>